

@evolution

Nr.17 Juni/Juli 2003

friedlich, mitmenschlich, gerecht, nachhaltig, selbstbestimmt

Euro 3,50
sFr 3,-

Die Politik dreht sich im Kreis

Eine Reform, die keine ist: Agenda 2010

Brisante Thesen vom Wuppertal Institut

Arbeitsplatzvernichtung und Umweltzerstörung, gleiche Ursachen?

Wirtschaftliche Triebkräfte von Rüstung und Krieg

Die USA gestern, heute - und morgen?

The Times rät 1933 Roosevelt zum Freigeld	12
Der Krieg für Öl und Dollar	14
Krieg als Grund für Staatsverschuldung	16
Das Regime von Bush	18
Die Rammbockstrategie	19

IRAQI OIL
WE WILL DOMINATE
DOLLARS
23.070.710.000
CASUALTIES
1.064.192

Amerika geht uns alle an!

Hallo liebe Leserinnen und Leser,

die Klimaerwärmung beschert uns wohl einen frühen Hochsommer. Politisch scheint Sauregurkenzeit zu sein. Immer wieder die gleichen

Nachrichten:
Die Arbeitslosigkeit steigt, die Zinsen werden selbst im Euroland gesenkt, eine Deflation droht angeblich nicht und erst recht keine Inflation.



zen, z. B. indem sie die r-evolution weitergeben. – Ferienzeit ist Lesezeit!

Um auch die schönen Dinge des Lebens nicht zu vergessen, empfehlen wir die letzte Seite dieser Zeitschrift.

Einen schönen Sommer wünscht
Wera Wendnagel

Lieber Helmut,

diese Ausgabe der Zeitung erscheint wahrscheinlich gerade zu Deinem Geburtstag

Was machen eigentlich die USA und ihr Dollar? Nachdem wir uns auf das Thema "USA" konzentriert haben, reichen uns die Seiten dieser Zeitschrift kaum aus, um auf die wichtigsten Fragen einzugehen.

Ein fast vergessenes Kapitel aus der Vergangenheit der Staaten zeigt, wie dicht Regierung und Öffentlichkeit dort einmal vor dem endgültigen Ausweg aus einer Deflationskrise mit Massenarbeitslosigkeit standen. Wir sollten besonders dieses Kapitel wieder studieren und die Erinnerung daran weitergeben – wenn möglich, bis nach Übersee.

Krieg darf nie mehr als Lösung für wirtschaftspolitische Probleme erhalten müssen. Daher halten wir unsere Arbeit für so immens wichtig und können nur wiederholen, wie dringend es ist, dass unsere Leserinnen und Leser uns unterstüt-



Inhalt

Die Politik dreht sich im Kreis

3 Eine Reform, die keine ist: Agenda 2010

Brisante Thesen vom Wuppertal Institut

6 Arbeitsplatzvernichtung und Umweltzerstörung, gleiche Ursachen?

Die USA gestern, heute - und morgen?

9 Unser Mann in Nordamerika

12 The Times rät 1933 Roosevelt zum Freigeld

14 Der Krieg für Öl und Dollar

16 Krieg als Grund für Staatsverschuldung

18 Das Regime von Bush

19 Die Rammbockstrategie

Krieg und Rüstung

17 Eine Stimme gegen den Krieg

22 Wirtschaftliche Triebkräfte von Rüstung und Krieg

Aus den Regionalgruppen

24 INWO Österreich

26 INWO Deutschland

30 INWO Schweiz

Rubriken

20 INWO-ABC

34 Buchbesprechungen

36 Leserbriefe

38 Agenda

Titelillustration:

"pumpingirony", frei nach sevens heaven

Die "r-evolution" ist ein Gemeinschaftsprojekt der drei Mitgliedsorganisationen der Internationalen Vereinigung für Natürliche Wirtschaftsordnung (INWO) in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Die INWO setzt sich für ein gerechtes Geldsystem ohne Zinsdruck, Inflation, Deflation und Schuldenkrise ein. Für ein Bodenrecht, das allen einen Anteil an

der Nutzung sichert und Spekulationsgewinne einiger weniger verhindert. Vereine und Gruppen mit vergleichbarer Zielsetzung sind eingeladen, sich an dem Projekt zu beteiligen.

Die "r-evolution" ersetzt das traditionsreiche Schweizer Blatt "evolution" sowie den deutschen "INWO-Rundbrief" als Mitgliederzeitschriften. Ein

"evolutionärer", sprich allmählicher, friedlicher Wandel des wirtschaftlichen und sozialen Systems fängt mit einer "Revolution" im Herzen und im Geiste der Menschen an – mit einer bewussten Entscheidung für eine gerechtere, freierlichere und nachhaltigere Zukunft aktiv zu werden.

Eine Reform, die keine ist!

Mit der Diskussion über das "Reformprogramm Agenda 2010" hat die Wirtschaftskrise endlich ihren Weg in die Öffentlichkeit gefunden. Mitreden wollen viele, doch konkrete, wirklich neue Vorschläge und Visionen fehlen weiterhin, genauso wie schlüssige Analysen der Ursachen unserer Wirtschaftsprobleme.



Norbert Rost 1976 in der Lausitz geboren, 1989 intensiv und hoffnungsfroh "Die Wende" erlebt, in den 1990ern: Abitur, Zivildienst, Beginn eines Studiums der Wirtschaftsinformatik, zur Zeit selbständig und Student

3

Die Agenda 2010

Die "Agenda 2010" ist kein deutsches Reformprogramm, welches die Ursachen der wirtschaftlichen Probleme angeht. Vielmehr legt dieses Konzept seinen Schwerpunkt darauf, die staatlichen Ausgaben zu verringern. Dieser Punkt mag wichtig sein, täuscht aber darüber hinweg, dass mit einer Sanierung des Staatshaushaltes die Probleme der Arbeitslosigkeit, der Verschuldung von Staat, Unternehmen [2] und Privatpersonen sowie die zunehmende Verarmung ganzer Landstriche auch in Deutschland nicht angegangen werden. Im Gegenteil: Kürzt der Staat den Schwächsten das Geld, konsumieren diese weniger - was sich natürlich wieder negativ auf die Binnen- nachfrage auswirkt und die Wirtschaftskrise anheizt. Das haben auch manche "Wirtschaftsexperten" erkannt und fordern deshalb zum Teil, der Staat möge durch vermehrte Ausgaben die Nachfrage anheizen - weil dies die herrschende Wirtschaftstheorie so vorgibt. Doch mehr Ausgaben kann der Staat sich nur durch mehr Schulden leisten - Schulden, die er bereits beim jetzigen Stand nur sehr schwer jemals wieder tilgen kann:

1.292.857.510.940 Euro waren es soeben bei einem kurzen Blick auf die Schuldenuhr vom Bund der Steuerzahler [3], 15.668 Euro pro Kopf. Diese werden sich Dank exponentiellem Wachstum aufgrund des Zins-

zins-Effekts in absehbarer Zeit sowieso verdoppeln (bei 5% Zinssatz ohne Tilgung binnen 14 Jahren!), sollte der Staat also mehr Schulden machen, um die Konjunktur anzukurbeln?

"Wir müssen alle sparen"

So ruft der Finanzprediger von seinem hohen Schuldenberg. Aber wer ist "wir"? Wer einen Euro zur Bank bringt (also spart!), der wird zum Gläubiger mit einem Geldvermögen von einem Euro. Die Bank wird zum Schuldner von einem Euro und verleiht das Geld natürlich weiter. Jedem Geldvermögen auf der einen Seite stehen somit Schulden in gleicher Höhe auf der anderen Seite gegenüber. Wenn der Bund(esfinanzminister) aktuell also schreit, er müsse sparen, meint er damit, er muss die Sozialleistungen herunterfahren. Diese stellen sicherlich einen sehr großen Posten dar. Ein interessanter und immer wieder unbeachteter Posten sind jedoch die Zinszahlungen für alte Schulden. Im Jahr 2002 waren das knapp 37 Mrd. Euro, im Jahr 2003 werden es geschätzt 38 Mrd. Euro sein (Stand März 2003 [4]). Während die Ausgaben für Hochschulen im Vergleich zu den Zinszahlungen nahezu irrelevant sind (vom Umweltschutz ganz zu schweigen), könnten - wenn man sich mal Träumereien hingibt - die Renten um ca. 20% er-

höht werden, wenn der Staat keine Zinsen zahlen müsste. Welchen Effekt würde es wohl auf die Binnennachfrage und damit den Arbeitsmarkt haben, wenn alle Rentner 20% mehr ausgeben könnten? In der harten Realität jedoch fließen 15% aller Ausgaben (also mehr als 16% aller Einnahmen, also jeder sechste Steuereuro von der Einkommensteuer über die Sozialabgaben bis zur Mehrwertsteuer - die wir bei jedem Kauf zahlen) direkt an die Gläubiger des Staates, die - wie oben gezeigt - bereits mindestens die gleiche Summe an Vermögen haben, die der Staat an Schulden hat. Natürlich müssen "wir" sparen. Aber spart die Agenda 2010 am richtigen Ende?



Bild: visipix.com, Renatus, Arlesheim

Die große Hoffnung der Politiker

Die Fakten zur Wirtschaftslage

Schauen wir auf die Fakten: Inflationsbereinigt produzierten die ca. 82,5 Millionen Deutschen im Jahr 2002 Güter und Dienstleistungen im Wert von 1984,30 Milliarden Euro. Das sind ca. 24.000 Euro pro Kopf: Vom Säugling bis zum Rentner. Wie viele vierköpfige Familien mit einem Jahreseinkommen von fast 100.000 Euro kennt jeder von uns? Wenn wir diese Werte nicht erhalten, wer erhält sie dann? Wirtschaftswachstum bedeutet, dass eine Volkswirtschaft in einem Jahr in Werten gerechnet mehr produziert als im Jahr zuvor. Wirtschaftswachstum wird oft mit Fortschritt, also qualitativem Wachstum verwechselt. Doch wenn in der Politik von "Wirtschaftswachstum" die Rede ist, wird immer nur von einer Steigerung des Bruttoinlandsproduktes geredet, also der Summe aller produzierten Güter und Dienstleistungen.

Nicht nur "Wirtschaftsexperten" und Politiker, sondern zum Beispiel auch die Gewerkschaften haben sich "mehr Wachstum" auf die Fahnen geschrieben. Ist dies rational zu erklären, wenn man weiß, dass unsere Volkswirtschaft bereits jetzt so aufgebläht ist, dass sie für jeden

24.000 Euro produziert? Das Problem liegt doch offensichtlich nicht daran, dass wir zu wenig produzieren, sondern in der Art und Weise, wie es verteilt wird.

"Wer nicht arbeitet, soll auch nichts kriegen!"

So lautet die Parole derjenigen, die als neuen Sündenbock der Finanzprobleme des Staates die Arbeitslosen auserkoren haben. Deshalb soll über geringeres Arbeitslosengeld mehr Druck auf diese ausgeübt werden, um sie "in den ersten Arbeitsmarkt einzugliedern". Dass einfach nicht genug Arbeit vorhanden ist, da die Technologie und Automatisierung der letzten Jahre und Jahrzehnte

menschliche Arbeit überflüssig macht, wird dabei schlicht ignoriert. "Wer nicht arbeitet, soll auch nichts kriegen", gilt jedoch nicht für die Empfänger sogenannter "leistungsloser Einkommen", zu denen die Kapitalrente gehört: Wer einem anderen Kapital zur Verfügung stellt, erhält dafür eine Vergütung, den Zins. Es soll hier keine Wertung wie "gerecht" oder "ungerecht" vorgenommen werden, es soll nur gezeigt werden, welche wirtschaftlichen Folgen diese leistungslosen Einkommen nach sich ziehen.

In einer Volkswirtschaft vermehren sich Vermögen nicht von allein, sondern den Betrag, um den sich ein Vermögen vergrößert, muss derjenige erarbeiten, der sich dieses Vermögen (z.B. für Investitionen) geliehen hat. Ein Teil des Volkseinkommens fließt somit in Form von Kapitaleinkommen an die Vermögensbesitzer - und vergrößert deren Vermögen. Dieses Vermögen muss, sofern es bei einer Bank zu positivem Zinssatz angelegt wird, von dieser als Schulden in den Markt gedrückt werden. Würde die Bank keinen Schuldner finden, müsste sie die Zins-Kosten sonst ja selbst tragen. Mit der Vergrößerung der Vermögen auf der einen Seite entsteht also eine Verschuldung in gleicher Höhe auf der anderen Seite.

Man stelle sich eine Volkswirtschaft vor, die nicht wächst, also Jahr für Jahr dieselben Werte produziert. Innerhalb dieser Volkswirtschaft wachsen aufgrund ewig positivem Zinssatz jedoch die Vermögen und damit die Schulden unaufhörlich. Da das Gesamteinkommen in dieser Volkswirtschaft jedoch konstant ist, muss mit wachsendem Kapitaleinkommen das Arbeitseinkommen sinken. Diese Volkswirtschaft kollabiert ab einem bestimmten Zeitpunkt, da den arbeitenden Menschen immer weniger ihres erarbeiteten Vermögens zur Verfügung steht und ein immer größer werdender Teil an die Kapitalbesitzer fließt, die jedoch gar nicht mehr wissen, wie sie ihr Einkommen konsumieren sollen. Um zu überleben, steht eine Volkswirtschaft allein aus Gründen eines ewig positiven Zinssatzes vor einem Wachstumszwang. Doch auch eine wachsende Volkswirtschaft ist nicht vor dem Zusammenbruch sicher. Ab einem bestimmten Punkt beginnt selbst in einer wachsenden Volkswirtschaft das Arbeitseinkommen real zu schrumpfen - um die überproportional wachsenden Kapitaleinkommen bedienen zu können.

Wer mehr Wachstum fordert, muss also ein Wirtschaftswachstum anstreben, welches mindestens in Höhe des Geldmarktzinssatzes wächst.

Jedoch zeigt sich jetzt, dass die Geldvermögen stärker wachsen, als das Volkseinkommen und somit langfristig die leistungslosen Kapitaleinkommen die Arbeitseinkommen auffressen [5]. Wenn unsere Wirtschaft also z.B. mit 5% wachsen soll, um mit dem Vermögenswachstum Schritt zu halten, so würden wir künftig alle 14 Jahre das Doppelte von heute produzieren: 2017 also 48.000 Euro pro Kopf. Das klingt nur auf den ersten Blick wünschenswert, denn es würde doppelt so viele Autos, Fernseher, Energie und damit vermutlich auch doppelt so viel Kohlendioxid bedeuten. Haben wir uns das gründlich überlegt? 

Quellen:

- [1] www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/co/14347/1.html
- [2] www.handelsblatt.com/hbiwwwangebot/fn/rehbi/sfn/buildhbi/cn/GoArt!200012,203990,622205/SH/0/depot/0/index.html
- [3] www.steuerzahler.de
- [4] www.bundesfinanzministerium.de/Anlage17711/Tabellen-und-Uebersichten-zum-Bundeshaushalt-2003-Stand-Maerz-2002.pdf
- [5] userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/creutz/geldsyndrom/C298.JPG

Dieser Artikel erschien in erweiterter Form erstmals am 22.05.03 in www.telepolis.de

News

Moderne Banknoten

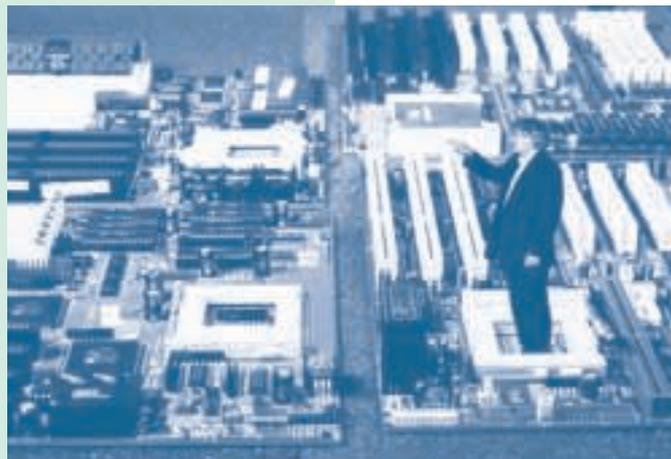
von Marco Lustenberger

Funkchips für Geldscheine Japanische Agentur: EZB verhandelt mit Hitachi

Tokio (pte, 23. Mai 2003 09:24) - Nach einem Bericht der japanischen Nachrichtenagentur Kyodo <http://www.kyodo.co.jp> überlegt die Europäische Zentralbank (EZB) <http://www.ecb.int> die Integration von Funkchips in ihre Eurobanknoten. Die Mikrochips sollen von Hitachi geliefert werden und Geldfälschern das Leben schwer machen. Die Agentur beruft sich in ihrem Bericht auf Quellen innerhalb des japanischen Konzerns. Bei der EZB wollte man dazu keinen Kommentar abgeben.

Da viele technische Geräte zur Überprüfung der Banknoten Schwierigkeiten mit den abgenutzten Sicherheitsmerkmalen auf den Banknoten haben, könnten die Chips eine zusätzliche Sicherheit bieten. Daneben erleichtert der Chip Prozesse wie das Zählen der Geldscheine in einer Bank.

Die sandkorngroßen "Mu-Chips" sind nach Angaben von Hitachi zurzeit die kleinsten arbeitsfähigen Radio-Tags auf dem Markt. Der Funkchip kann eine 128-stellige Nummer übermitteln, wenn er angefunkt wird, genug für eine Seriennummer, den Wert des Geldscheins und dessen Ursprungsort. Die Daten können nur während der Produktion des Chips in dessen Speicher abgelegt werden. Hitachi hat den Mu-Chip erstmals im Februar erfolgreich getestet.



Haben Arbeitsplatzvernichtung und Umweltzerstörung die gleiche Ursache?

Brisante Thesen vom Wuppertal Institut



Frank Bohner

6

Die Erwerbslosenzahlen steigen unaufhaltsam. Als Ursache wird in der Regel - nicht ganz zu Unrecht - das geringe Wachstum der Wirtschaft genannt. Selbstverständlich könnten höhere Wachstumsraten die Erwerbslosigkeit verringern. Auf Dauer kann Wirtschaftswachstum jedoch kaum die Lösung des Problems sein. Schließlich kann es in einem begrenzten Raum kein unendliches Wachstum geben. Es gilt also, nach Wegen zu suchen, die eine Rückkehr zur Vollbeschäftigung auch ohne ständiges Wirtschaftswachstum ermöglichen.

Die Ursachen der Arbeitslosigkeit

Dabei sollte zunächst die Frage nach den Antrieben des Wirtschaftswachstums und den Ursachen der Arbeitslosigkeit gestellt werden. Es sind - je nach Sicht der Dinge - verschiedene Antworten möglich. Eine hochinteressante Analyse stellte vor wenigen Jahren der Wirtschaftswissenschaftler Gerhard Scherhorn vor - im Rahmen seiner vom Wuppertal-Institut herausgegebenen gerade-

Professor Scherhorn weiter, müsse das eingesetzte Kapital mit mindestens gleichbleibender Rate wachsen, also exponentiell. Um die schnell wachsende Summe der Zinsen und Dividenden zu finanzieren, müssten die beiden anderen Produktionsfaktoren - Natur und Arbeit - ihre Beiträge entsprechend steigern: sie müssten eine größere Ausbeute liefern, oder sie müssten ihre Ansprüche senken, also sich mit geringerer Entlohnung und Regeneration zufriedengeben [4].

Die Produktionssteigerung gehe auf Kosten der Natur. Zugleich aber vermehre sich das Kapital auf Kosten der Erwerbseinkommen. Hier [5] verweist Scherhorn auf Berechnungen und Darstellungen des Aachener Wirtschaftsanalytikers Helmut Creutz [6], die auf Datenmaterial der Deutschen Bundesbank basieren.

Die Scherhornsche Studie ist eine der wenigen, in denen die Umweltfrage mit der sozialen Frage verknüpft wird. Doch der Autor beschränkt sich nicht auf eine Analyse, sondern läßt dieser auch einige Therapievorschläge folgen, und zwar im 6. Kapitel unter der Überschrift "Der Expansion des Kapitals können Grenzen gezogen werden" [7]. Ausdrücklich erwähnt er hier nochmals, daß "die zerstörerischen Wirkungen" ... "auf die ungezügelte, überproportionale Kapitalvermehrung" zurückzuführen seien. Diese sei nur dadurch vermeidbar, daß dem Kapital "außerökonomische" Bindungen auferlegt würden. Solche Bindungen seien möglich. Sie liefen darauf hinaus, "daß Kapital sich entweder weniger schnell vermehrt oder von Zeit zu Zeit vermindert wird." Hier hätte etwas mehr Ausführlichkeit nicht geschadet. [8] Immerhin hat das rasche Wachstum der Geldvermögen - sie wachsen seit langem in der Regel deutlich stärker als die Wirtschaftsleistung - zur Bildung spekulativer Blasen geführt, die die Weltwirtschaft zu destabilisieren drohen. Organisationen wie WEED oder ATTAC setzen - durchaus berechtigt - auf Instrumente wie Kapitalverkehrskontrollen und die Tobin-Steuer, die jedoch erst sehr viel später ansetzen und an den eigentlichen Ursachen der Finanzmarktprobleme nicht rütteln.

Sollte es jedoch gelingen, die von Scherhorn als problematisch betrachtete Expansion des Geldkapitals mittels geeigneter Methoden einzudämmen, dann wäre die Möglichkeit einer ökologisch-sozialen Wende sowie eine Stabilisierung der Finanzmärkte und damit der Weltwirtschaft durchaus gegeben. Eine mögliche Maßnahme soll unten dargestellt werden. Vorab zunächst einige grundlegende kreislauftheoretische Betrachtungen.



Arbeitsplätze und Umwelt zerstört

zu atemberaubenden, leider viel zu wenig bekannt gewordenen Schrift "Arbeitsplatzvernichtung und Umweltzerstörung haben die gleiche Ursache" [1]. Scherhorn war einst einer der sogenannten Wirtschaftsweisen und jahrzehntelang Lehrstuhlinhaber, zuletzt in Stuttgart-Hohenheim. Die Natur, kritisiert Scherhorn, sei dem Kapital untergeordnet worden, der Mensch sei zum Instrument geworden [2]. "Zu hoch" seien die Löhne und Lohnnebenkosten in Relation zu den Kosten für Kapital. Dieses Ungleichgewicht sei jedoch nicht einfach dadurch zu beseitigen, daß man die Arbeitskosten senke. Die gesamte Bevorzugung des Kapitals müsse zurückgenommen werden [3]. Nach der Logik der Zinseszinsrechnung, so

Bild: visipix.com, Pratuab Wanklang, Bangkok

Zur Bedeutung der Geldzirkulation

Geld ist das Blut der Wirtschaft. Es muß zirkulieren, damit es zu einem Austausch von Gütern und Dienstleistungen und somit zur Befriedigung von Bedürfnissen kommt, damit es für Produktionszwecke investiert werden kann und schließlich, damit ein Freiraum entstehen kann, in dem sich Fähigkeiten bilden können, von denen die Zukunft abhängt.

Treten hingegen Stockungen im Geldkreislauf auf, dann werden Teile des Wirtschaftsorganismus nicht mehr durchströmt und drohen abzusterben. Betriebe müssen dann aufgrund des Absatzmangels schließen, und viele Menschen werden erwerbslos. Die Therapie liegt auf der Hand: die Lösung (der Blockade) ist die Lösung![9]

Um die geschilderten "Kreislaufstörungen" im monetären Zirkulationsnetzwerk des Wirtschaftsorganismus zu vermeiden, muß man das Geld mit einer Art "Umlaufantrieb" versehen. Diese Aufgabe übernehmen heute zwei Instrumente, die erhebliche unerwünschte Nebenwirkungen mit sich bringen. Zum ersten ist dies der Zins, der als eine Art "Zuckerbrot" die Zurverfügungstellung von Geld belohnt. Dies führt mit zunehmender Höhe des Zinses zu einer Reihe sozialer, ökologischer und ökonomischer Verwerfungen, die Bernd Senf und Margrit Kennedy[10] in ihren Schriften ausführlich dargestellt haben. Zum zweiten versucht man, den Geldumlauf durch die "Peitsche" Inflation aufrechtzuerhalten. Doch auch die Inflation hat gravierende negative Folgen für die Volkswirtschaft. Beispielsweise bewirken Inflationen Preisveränderungen und Irritationen im Gefüge aller Geldbeziehungen. Sie treiben die Zinsen hoch, einschließlich ihrer negativen Folgen[11].

Ein möglicher Therapieansatz

Eine Korrektur im Geldordnungsbereich hätte sich unter anderem an zwei Zielen auszurichten:

1. Sie sollte die Inflation auf null Prozent absenken und somit eine dauerhafte Stabilisierung der Kaufkraft des Geldes erreichen.
2. Sie sollte den Zinssatz gegen Null sinken lassen, damit im Laufe der Zeit auch die Zinslasten spürbar geringer werden.

Die wichtigste Voraussetzung ist ein gleichmäßig umlaufendes Geld. Diesem Anspruch können die bisherigen Geldumlaufantriebe - Zins und Inflation - nicht genügen. Bei zu niedrigen Zins- und Inflationssätzen verlangsamt sich die Geldumlaufgeschwindigkeit auf störende

und unvorhersehbare Weise, man denke hier an die Krise in Japan. Bei Nullzins und Nullinflation würde es in unserer heutigen Geldwirtschaft gar zu einem totalen Zusammenbruch kommen, weil kaum jemand mehr bereit wäre, sein Geld zu verleihen. Solange Zins und Inflation die Antriebe des Geldumlaufs sind, dürfen sie aus diesem Grund niemals unter eine bestimmte Mindesthöhe absinken.

Mit Inflation und Zins sind aber die oben angedeuteten Mängel gekoppelt: einerseits Kaufkraftaushöhlung, andererseits überproportionales Geldvermögenswachstum an gesellschaftlich unfruchtbaren Stellen, Überschuldung, kulturelle Austrocknung, Wachstumsdruck usw.

Bar- und Buchgeld müssen also eine eigene Umlaufendenz erhalten. Die Notenbank könnte dann die Geldmenge dem Sozialprodukt so genau anpassen, daß die Kaufkraft der Währung stabil bliebe. Spargelder würden dann zwar erheblich weniger Zinsen abwerfen, wären andererseits aber auf Dauer wertbeständig. Ein Zwang zur Flucht in Sachwerte entfiel damit.



Bild: visipix.com, Fritz von Beust, Switzerland

..... und wer überlebt?

Bei Währungsstabilität würde der Zins automatisch um 2-3% niedriger sein, weil es keinen Ausgleich für die bisherigen Inflationsverluste der Geldgeber mehr brauchte. Die "Geldhaltegebühr" würde eine weitere Zinsabsenkung um ca. 2-4 % zur Folge haben. Sie rückt nämlich dem Kernbestandteil des Nominalzinses zu Leibe, dem Grund- oder Sockelzins.

Übrig bleiben würde ein von seiner Geldumlaufsicherungsfunktion abgekoppelten Restzins, der dann nur noch die Aufgabe hat, als Knappheitsindikator die Ersparnisse in die bestmöglichen Investitionen zu lenken.

Diese - seine eigentliche - Aufgabe könnte der Zins auch dann noch wahrnehmen, wenn er infolge von Sättigungserscheinungen um Null pendelt. Eine geringe Bankmarke - berechnete Vergütung an die Bank für die Kreditvermittlung - würde natürlich bleiben.

Auswirkungen auf Beschäftigung und Ökologie

Geld ist für die Zirkulation gemacht. Wenn es - wie oben dargestellt - stetig umläuft und auf den Güter- und Arbeitsmärkten Nachfrage hält, dann wird Vollbeschäftigung wieder möglich. Produktivitätszuwächse könnten

an den hohen Kapitalkosten, die zu außerordentlich langen Amortisationszeiten führten. Bei niedrigeren Zinsen fallen die hohen Anschaffungskosten weniger ins Gewicht, dafür kommt aber der Vorteil niedriger Betriebskosten - Solar- und Windkraftanlagen bekommen ihren "Treibstoff" kostenlos - stärker zum Tragen. Durch niedrigere Zinsen verringerte sich der von Scherhorn angesprochene Wachstumsdruck. Außerdem könnten verschuldete Staaten, Unternehmen und Privathaushalte ihre Schulden leichter zurückzahlen, ein wichtiger Beitrag zur Stabilisierung der Weltwirtschaft.

Zusammenfassend lässt sich sagen: nur bei einer Korrektur der monetären Fehlstrukturen werden die genannten Herausforderungen zu meistern sein. 

Anmerkungen:

- [1] Gerhard Scherhorn "Arbeitsplatzvernichtung und Umweltzerstörung haben die gleiche Ursache", Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH 1997
- [2] siehe [1], S. 18
- [3] siehe [1], S. 20
- [4] siehe [1], S. 21
- [5] siehe [1], S. 22
- [6] Helmut Creutz: Das Geld-Syndrom. Wege zu einer krisenfreien Wirtschaftsordnung. München Wien 1994
- [7] siehe [1], S. 22ff.
- [8] Siehe Margrit Kennedy: Geld ohne Zinsen und Inflation. Ein Tauschmittel, das jedem dient. München 1993
- [9] nach Bernd Senf: Der Nebel um das Geld. Lütjeburg 1996.
- [10] siehe [8]
- [11] siehe [6], S. 179ff.

Dieser Aufsatz erschien in leicht veränderter Form erstmals in der Zeitschrift "Das Goetheanum" (www.goetheanum.ch)



dann allen in Form von Arbeitszeitverkürzungen zugute kommen, und zwar - langfristig gesehen - bei gleichem Lohn! Ein niedriger Zins, wie er durch die geschilderte Reform erreicht werden kann, verbilligt zudem von vornherein die Kreditaufnahme, Unternehmen könnten also leichter und preiswerter investieren und Arbeitsplätze schaffen. Gleichzeitig würden Projekte auch betriebswirtschaftlich interessant, die schon immer sinnvoll, aber nie rentabel waren. Man denke nur an das Feld der regenerativen Energien. Viele volkswirtschaftlich und ökologisch sinnvolle Maßnahmen scheiterten

Unser Mann in Nordamerika,

das war von 1925 bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs Hans Cohnssen (1905-1997). Er war im wahren Sinn ein Selfmademan, der sich in Amerika vom Hausierer mit Bürsten über den Reformhausbesitzer zum Volkswirt hocharbeitete. Und er war ein ausgezeichneter Volkswirt, wenn er sich sein dezidiertes Wissen auch allein im Selbststudium verschaffte. Sein

Hauptverdienst ist zweifellos, daß er den damals berühmtesten Ökonomen Irving Fisher auf die Freiwirtschaft von Silvio Gesell hingewiesen hat. Auf dem Höhepunkt der Deflationskrise in den USA empfahl er Fisher, das Wörgler Schwundgeld zu studieren, um ein ähnliches Modell für die Staaten zu entwickeln.

Lebenserinnerungen

Doch lassen wir Hans Cohnssen selbst zu Wort kommen. Ich beziehe mich dabei auf seine Lebenserinnerungen, die er 1996 veröffentlichte (Hans Cohnssen "Einer der auszog die Welt zu verändern, Erinnerungen eines Jahrhundertzeugen, Verlag Josef Knecht-Carolusdruckerei GmbH, Frankfurt am Main (leider vergriffen)):



"Um die Zeit las ich das erste in Deutschland erschiene Buch von Mahatma Ghandi. Seine Aufforderung, mit der Reform der Wirtschaftspolitik beim eigenen Leben anzufangen, überzeugte mich. Ich glaube, diese Überzeugung hat mich mehr als jede andere Überlegung davor bewahrt, für die marxistische kommunistische Doktrin empfänglich zu werden. Sein leidenschaftliches Plädoyer für Gewaltlosigkeit und sein Beispiel einer asketischen Lebensführung beeindruckten mich tief. Ich beschloß, streng vegetarisch zu leben, weder Alkohol noch Kaffee zu trinken oder zu rauchen. Diese Vorsätze brachten mich in Kontakt mit den sogenannten Lebensreformern, darunter Anhängern von Silvio Gesell (1867-1930) und seiner Freiwirtschaftslehre, mit deren Forderung nach Schwundgeld, Landreform und Mutterrente ich damals absolut nichts anfangen konnte. Gessells Lehre hat in meinem Leben eine wichtige Rolle

gespielt. Gesell hatte als deutscher Kaufmann in Argentinien die verheerende Wirkung von Schwankungen im Preisniveau, also in der Kaufkraft des Geldes kennengelernt, die er auf die Überlegenheit des Geldes gegenüber den Waren zurückführte: der Wert von Waren verringert sich durch Verderben und Lagerkosten automatisch, während das Geld, damals auf Gold basierend, seinen Wert behielt. Er wollte das Geld der Ware gleichmachen, es sollte dem gleichen "Schwund" unterliegen wie die Waren. Dadurch hoffte Gesell, die durch das Horten periodisch verursachte Deflation zu unterbinden; es würde die Kontrolle über die Zirkulation des Geldes ermöglichen und somit eine Maßnahme zur Stabilisierung des Geldwertes darstellen."

Cohnssen, der einer jüdischen Kaufmannsfamilie entstammte – seine Mutter war eine geborene Rothschild; wohl aus dem ärmeren Zweig der Familie – nahm auch sehr lebhaft am kulturellen Leben seiner Umgebung teil. So suchte er auch Kontakt zu "Weltbühne"-Lesern. In der Weltbühne setzten sich Carl von Ossietzky und sein Mitstreiter Kurt Tucholsky für ein Volksbegehren ein, mit dem Ziel, durch einen Volksentscheid die deutschen Fürsten zu enteignen, denn diese seien für den ersten Weltkrieg mit verantwortlich gewesen, und nun sollten sie, wie der Rest der übrigen Bevölkerung, für die enormen Reparationen an die Siegermächte aufkommen. Keine der bürgerlichen Parteien unterstützte diese Initiative, wohl aber die freiwirtschaftliche Presse.

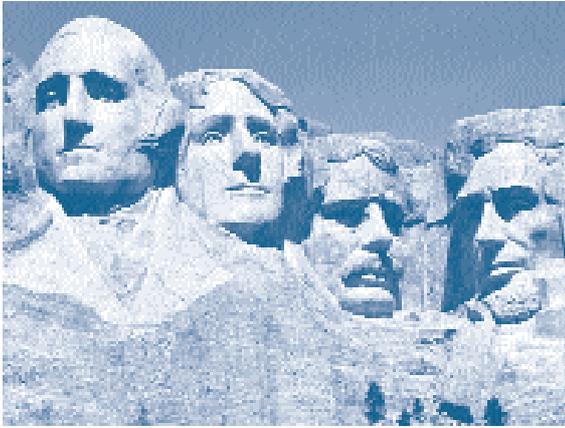
Auswanderung ins Land der Demokratie und der unbegrenzten Möglichkeiten

Noch kurz vor seiner Abfahrt nach den USA traf sich Cohnssen kurz mit jungen Mitgliedern des ISK (Internationaler Sozialistischer Kampfbund), denn irgendwie wollte er mithelfen, die Welt besser zu machen. Er war mißtrauisch geworden gegenüber den Absolutisten, den Kommunisten, den fanatischen Vegetariern und jenen Freiwirtschaftlern, die ihre Ideen als Lösung für alle Menschheitsprobleme anpriesen. Zugleich betont er aber, daß er besonders mit der Freiwirtschaft sympathisierte.

In Nordamerika angekommen, fand er erste Kontakte und Unterstützung bei den dortigen Gesellanhängern. Es waren harte Zeiten für einen jungen Mann ohne eine bestimmte berufliche Erfahrung mitten in der Wirtschafts-



Wera Wendnagel, Jg. 1931, nach einem arbeitsreichen Erwerbs- und Familienleben mit Kind und Altenpflege Studium der Erziehungswissenschaft mit Schwerpunkt Lernbehindertpädagogik. Sie war 12 Jahre ehrenamtlich im Vorstand der INWO tätig.



Land der Demokratie und der unbegrenzten Möglichkeiten

10

dreckig. Er fand sehr viele Freunde. Er muß ein kontaktfreudiger, lebhafter Mensch gewesen sein mit einer enormen Ausstrahlung. Unter seinen Freunden waren viele berühmte und einflußreiche Zeitgenossen, darunter auch Irving Fisher.

Der Börsenkrach 1929

Den Börsenkrach vom Oktober 1929 erlebt Cohn in New York. Beeindruckend schildert er die Zustände danach in der größten amerikanischen Stadt. Er aber überlebte das Desaster als Taxifahrer und konnte sich seinen Idealismus weiterhin bewahren. Dabei hatte sein Vater gehofft, daß er in Amerika endlich von seinen idealistischen Vorstellungen geheilt würde, weil er vor allem Geld verdienen müsse, der einzigen Möglichkeit, sich dort durchzusetzen. In dasselbe Horn blies später auch seine erste Ehefrau: "Du mußt verrückt sein. Verdienst mühsam 25 Dollar die Woche. Wir müssen deine und meine Eltern finanziell unterstützen. Und wir haben zwei Kinder. Ich weiß kaum, wie ich es schaffe. Und du willst die Welt verändern!" Cohn betont, daß er ihr nicht widersprechen konnte, denn natürlich hatte sie recht; mehr als 95 Prozent der amerikanischen Bevölkerung dachten genau wie sie. Aber er blieb dabei, er wollte die Welt verändern - ein fast hoffnungsloses Unterfangen. Aber, wäre nicht der zweite Weltkrieg dazwischen gekommen, wer weiß, ob wir nicht heute schon die ausbeutungsfreie Wirtschaft hätten, wie Gesell sie erdachte, Fisher und Keynes sie mit notwendigen volkswirtschaftlichen Erläuterungen versahen und wie heutige Freiwirtschaftler sie weiterentwickelten, die sich ebenfalls ihren "Idealismus" nicht ausreden lassen.

Hans Cohn der Volkswirt

Soviel zum menschlichen Vorbild Hans Cohn, von dem wir viel lernen können. Nun aber zum "Volkswirt" Cohn. "Ich bin ein überzeugter Freiwirtschaftler," schreibt er auf Seite 67 seiner Memoiren, "überzeugt davon, daß die Depression auf den Kollaps des Geld-

krise. Im Nachhinein erschien es ihm, als hätte er einen besonders guten Schutzengel gehabt. Bei seiner anspruchslosen Lebensweise und Gesundheit ging es ihm nie wirklich

und Kreditsystems zurückzuführen ist, daß der Verfall des Preisniveaus, die Relation zwischen Einkommen (das gesunken ist) und den Kosten und Schulden (die unverändert geblieben sind), für das ganze Elend verantwortlich ist. Wir propagieren die Herausgabe von Gesellschwundgeld, d. h. Notgeld, das wöchentlich 2 Prozent seines Nominalwertes verliert und sich innerhalb eines Jahres also selbst liquidiert. Diese Art von Notgeld war 1931 in Schwanenkirchen in Deutschland und im österreichischen Wörgl tatsächlich herausgegeben worden und hatte solange funktioniert, bis die Notenbanken ein Verbot durchsetzten.

Es war damals in New York nicht schwer, mit Gruppen zusammenzukommen, die nach Auswegen aus dieser schrecklichen Wirtschaftsdepression suchten. Man war nur zu bereit, unsere Vorschläge anzuhören."

Durch einen Zufall wird Cohn Besitzer der erlesensten, von Fisher persönlich zusammengestellten, Fachliteratur für Geld und Währungsfragen. Ob Irving Fisher sich nun auch so intensiv mit Gesells Wirtschaftstheorie beschäftigte, wie Cohn das zweifellos getan hatte, der sich nun auch als Fisherkenner weiterbildete, darf bezweifelt werden. Auf jeden Fall entstand eine 10 Jahre währende, enge Zusammenarbeit der beiden Männer, deren Ergebnis wir Heutigen ruhig studieren sollten, weil wir sicher auch für die Gegenwart daraus lernen könnten.

Bei Fisher ging inzwischen viel Post ein von Personen und Gemeinden, die alle Rat für die Herausgabe von Notgeld suchten. Fisher war überzeugt, daß Gesellschwundgeld in der gegenwärtigen Situation allen anderen Formen von Notgeld überlegen war. Er entschied, ein Handbuch zur Beantwortung der immer ähnlich lautenden Fragen herauszugeben. Noch im Jahr 1932 erschien "Stamp and Scrip", das auch Cohns Namen auf der Titelseite trug.

Ende der Freigeldinitiative

Ein Senator in Alabama und ein Kongreßabgeordneter in Indiana hatten einen Gesetzesvorschlag eingebracht, der die Herausgabe von einer Milliarde Dollar nationalem Schwundgeld vorsah, um arbeitsintensive öffentliche Vorhaben zu finanzieren. Die 2. Auflage von "Stamp and Scrip" war daher bald notwendig. Fisher verzichtete darauf, die vielen Einladungen zu Vorträgen über dieses Thema wahrzunehmen oder die Planung von Schwundgeld zu überwachen und schickte Cohn als seinen Vertreter. Der war pausenlos unterwegs, hielt Vorträge,

redete im Radio. Anfang März 1933 sollte eine Schwundgeld-Aktion in Reading (Pennsylvania) beginnen. Sie wollten nur solange warten, bis der neue Präsident ins Amt eingeführt war. Der Staat Oregon hatte beschlossen, 80 Millionen Dollar Schwundgeld für die Finanzierung bestimmter öffentlicher Vorhaben herauszugeben. Fisher sollte helfen, eine Ausnahmegenehmigung zu erwirken. Er schickte Cohrssen nach Washington, der mit einer Anzahl von Roosevelts New-Deal-Beratern sprach. Für sie lagen die Ursachen der Depression im Profitsystem, in der Börsenspekulation, in der Überproduktion und einem fehlerhaften Verteilersystem. Cohrssen wurde an Dean Acheson, den späteren Außenminister verwiesen, der ihn an seinen Berater, den Harvardprofessor Oliver Spargue weitervermittelte. Dieser teilte ihm mit, er habe keine Einwände gegen die begrenzte Ausgabe von Schwundgeld; doch eine offizielle Erlaubnis könnte eine Lawine ähnlicher Projekte losstretzen. Als Cohrssen daraufhin bemerkte, daß das doch erwünscht sei, weil damit die Arbeitslosigkeit reduziert würde, antwortete er, daß dieses Experiment eine monetäre Reform zur Folge haben könnte, für die er nicht verantwortlich sein wolle. Dabei hatte selbst die englische Presse Roosevelt zum Freigeld geraten.

Obiges Gespräch könnte auch heute stattgefunden haben. Die alten Ängste und Strukturen sind geblieben. Damals war mit diesem Gespräch die Schwundgeldinitiative beendet. Die Zusammenarbeit Cohrssen-Fisher war damit allerdings nicht zu Ende.

Uns interessiert in diesem Zusammenhang noch, wie reagierten nun eigentlich die deutschen Freiwirtschaftler auf diese Vorgänge in den Staaten (dazu weiter unten), die an der Machtergreifung Hitlers und ihren Folgen nichts mehr ändern konnten.

Hans Cohrssen hat noch ein langes, interessantes, erfülltes Leben in Deutschland gehabt. Ich lernte ihn erst als 90jährigen kennen. Er war noch genau so lebhaft und strahlend, wie er als junger Mann gewesen sein muß. Nach einer längeren Zeit wirtschaftlicher Prosperität sah er nun, in den 90er Jahren, deutlich, daß es wieder soweit ist und eine weltweite Wirtschaftskrise heraufziehen wird, wenn nicht, ja – wenn was? Mit dem gleichen Elan wie damals stürzte er sich in die Analyse, was zu tun sei. Es hatte sich viel geändert seit 1932, nicht nur die politischen Akteure und die Wirtschaftsgewaltigen, auch das Geldwesen ist ein anderes. Er suchte wieder Kontakt zu Männern von Politik, Wissenschaft und Wirtschaft. Aber die Warnungen eines erfahrenen 90jährigen wurden

nicht so recht ernst genommen. Dazu war die Lage noch nicht schwierig genug. Einiges jedoch blieb an den richtigen Stellen hängen, und diese Saat geht inzwischen langsam auf. Das ist mein sicheres Gespür.

Nachbemerkung:

Hans Cohrssen war amerikanischer Staatsbürger geworden und liebte seine neue Heimat. Bei Kriegsende kam er als amerikanischer Nachrichtendienstler wieder nach Europa. Die Idee, die Vereinigung Europas durch den Austausch von Informationen, insbesondere von Radioprogrammen, zu fördern, faszinierte ihn. Er wurde zum Vermittler zwischen den Kulturen. Westdeutschland begann, sich zu öffnen für den amerikanischen Way Of Life: der Wilde Westen, tapfer kämpfende Indianer, Jazz, Soul, usw. - besonders die Jugend war begeistert. Die USA gelten als eine Wiege der Demokratie. Schon 1776 hatten sie Menschenrechte als Grundsätze des Staatsrechts übernommen. Es gab zwar auch dunkle Flecken in der Geschichte, aber hatten sie nicht schließlich doch die Sklaverei abgeschafft? Hiroshima, hätte nicht sein dürfen, aber danach war Frieden – vielleicht für immer? Dann kam Korea, Vietnam, Aber ging nicht die nordamerikanische Bevölkerung selbst dagegen auf die Barrikaden? Die Westdeutschen jedenfalls liebten im allgemeinen "ihre Amis" und lieben sie immer noch, wenn auch vielleicht nicht die, die jetzt gerade an der Regierung sind.



Cohrssen als Besatzungssoldat in Rom 1945



Es war kurz nach der Machtergreifung Hitlers als die englischsprachige Presse die ersten Nachrichten von dem geplanten Notgeld in nordamerikanischen Staaten brachte.

Die Freiwirtschaftler zweifelten damals nicht daran, daß in Amerika demnächst Freigeldexperimente durchgeführt werden, blieben aber skeptisch, ob auch alles richtig gemacht werden wird.

Lesen Sie dazu den Artikel auf der folgenden Seite



Die Londoner Times empfiehlt 1933 Roosevelt das Freigeld

In der letzten deutschen freiwirtschaftlichen Zeitung (die noch im selben Jahr verboten wurde) „Die Letzte Politik“, Nr. 4/1934, Seite 5 und 6, berichtete Rolf Engert:

Wie die "Freiwirtschaftliche Zeitung", Bern in Nr. 51 v. J. berichtete, hat die ‚Times‘ vom 8. November 1933 in einem Artikel: "Die Aufgabe, vor der Amerika steht" Roosevelt vorgeschlagen, er solle zur Erreichung seiner Ziele, vor allem zur Brechung des ‚Geldstreiks‘ (unser freiwirtschaftlicher Begriff!) den Vorschlag Irving Fishers ausführen und Dollarnoten ausgeben, die, um vollwertig zu bleiben, jeden Monat mit einer Marke zu versehen wären. Es käme nur noch dieses eine Mittel in Frage, um das seit so langer Zeit untätige Geld wieder in Umlauf zu bringen, nachdem bisher alle getroffenen Maßnahmen nur einen recht geringen Erfolg gehabt hätten. Der Artikel schließt, es sei mit aller Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, daß die Steuer auf nicht arbeitendes Geld schon sehr bald beantragt werde.

Interessant ist es, daß es in diesem Zusammenhang heißt, das Mittel, das nicht zirkulierende Geld mit einer Hamstersteuer (auch das wieder ein freiwirtschaftlicher Begriff!) zu belegen, sei kaum als ‚revolutionär‘ anzusehen. Es wäre vielmehr ebenso gut zu verantworten wie die in der Gesetzgebung Amerikas und anderer Staaten bereits verankerte Besteuerung brachliegenden Landes. Der von uns Freiwirten in diesem Zusammenhang meist angewandte Hinweis auf das Standgeld der Güterwagen (der allerdings den Vorzug hat, dem dynamischen Charakter des Geldes und seiner Eigenschaft als Verkehrsmittel noch besonders gerecht zu werden) wird hier durch einen anderen verwandten Hinweis nicht unglücklich ergänzt.

Bleiben wir zunächst hier einmal stehen und stellen fest: ein Weltblatt von der Bedeutung der ‚Times‘, das eine millionenfache Auflage hat, kommt zu folgenden mit der Freiwirtschaftslehre völlig konformen, ja, wie schon allein die angewandte Terminologie beweist, unmittelbar aus ihr geschöpften Ergebnissen und verkündet sie vor aller Welt:

1. alle bisher von Roosevelt zur Erreichung seiner Ziele (unter denen freilich die ‚Times‘ einseitig die Wiederherstellung des Preisstandes von 1926 hervorhebt und das viel wichtigere: die Schaffung eines durch Generationen hindurch kaufkraftbeständigen Dollars unerwähnt läßt) getroffenen Maßnahmen hätten nur einen ganz geringen Erfolg gehabt. (Wir Freiwirte halten sie für nach allen Richtungen hin ver-

fehlt, und haben sie dementsprechend fortlaufend kritisiert),

2. vor allem sei der Geldstreik noch nicht gebrochen, das Geld noch nicht wieder in Umlauf gebracht,

3. nur ein Mittel kann das bewirken: eine Belegung des nicht zirkulierenden Gelds mit einer Hamstersteuer,

4. dazu sei der von Professor Irving Fisher in Vorschlag gebrachte Freigeld-Dollar einzuführen, d. h. also jener Vorschlag auszuführen, den Fisher, wie er selbst öffentlich erklärt hat, unmittelbar der Lehre Silvio Gesells und der Freiwirtschaftsbewegung entnahm!

Und an all dies wird die Voraussage geknüpft, daß man in naher Zukunft zum mindesten mit einem Antrag in dieser Richtung rechnen müsse.

Haben wir Freiwirte nun nicht Ursache, uns dieser Tatsache zu freuen? Denn sie besagt ja nicht weniger, als daß sogar ein Weltblatt wie die ‚Times‘ vor unsern Argumenten zu kapitulieren beginnt und sich notgedrungen zum Sprachrohr unserer Ideen vor der ganzen Welt machen muß. Und wir könnten uns wirklich einer ungetriebenen Freude darüber hingeben, - hätte die Sache nicht einen Pferdefuß!

Der Artikel der ‚Times‘ erklärt nämlich, die Methode der Hamstersteuer könne natürlich nicht auf das zirkulierende Geld beschränkt werden, denn das meiste Geld liege auf den Banken.

Machen wir auch hier zunächst noch einmal Halt und fragen wir uns, ob das schon notwendig der freiwirtschaftlichen Lehre widersprechen muß? Alles kommt darauf an, was hier unter dem auf der Bank liegenden Gelde gemeint ist, auf das die Hamstersteuer ausgedehnt werden soll.

Nun meinte aber der Times-Artikel wesentlich mehr als nur das Giralgeld, wenn er eine Ausdehnung der Hamstersteuer auch auf das auf den Banken liegende Geld fordert, und damit setzt er sich in der Tat in einen tiefgreifenden grundsätzlichen Gegensatz zur gesamten Freiwirtschaftsbewegung. Er meint alle Bankdepositen und wünscht ein vom Kongreß zu genehmigendes Gesetz, "daß alle auf den Banken liegenden Einlagen mit einer

Taxe von vielleicht monatlich 0,5 Prozent zu belasten seien. Diese Steuer hätten die Banken zu entrichten und diese würden die Depositäre belasten."

Das würde unleugbar – daran kann kein Zweifel bestehen – eine Besteuerung der Spareinlagen bedeuten! Und das wiederum widerspräche dem tiefsten Sinn der Freiwirtschaftsbewegung. Einer der ersten primitivsten Einwände, der gegen unsre Forderungen von denen erhoben zu werden pflegt, die zum ersten Mal von ihnen hören, könnte nicht mehr widerlegt werden: daß man bei der Freigeldordnung nicht mehr sparen könne! Das Entscheidende im freiwirtschaftlichen Ideengebäude ist, daß gerade das Sparen im höchsten Maß erst möglich und zugleich – dank der Indexwährung – sinnvoll wird. Dazu aber ist es nötig, daß die Spareinlagen auch gegenüber dem Schwund sakrosankt sind, daß das Sparen wirklich vom Schwund befreit und vorm Schwund schützt. Denn Sparen ist ja nicht – wie der Times-Artikel völlig zu verkennen scheint – gleich Hamstern! Im Gegenteil: wer spart, stellt seine Überschüsse der Volkswirtschaft wieder zur Verfügung.

Der Vorschlag des Times-Artikels ist also geradezu gegen das "Herzstück" der freiwirtschaftlichen Ideenwelt gerichtet, und es ist nur zu verständlich, daß er in der freiwirtschaftlichen Presse (FZ Nr. 51, FP Nr. 1) eine entrüstete Zurückweisung erfahren hat. Die F.P. drückt es deutlich aus: "Das kapitalistische Blatt weiß natürlich ganz genau, daß weder Prof. Irving Fisher noch die deutschen Freiwirte die Sparguthaben besteuern wollen... Der kapitalistische Zeitungsschreiber kalkuliert aber so: Wenn schon die Gefahr besteht, daß Roosevelt unter dem Einfluß des seinem ‚Gehirntrust‘ angehörenden Prof. Irving Fisher das Freigeld einführt, dann muß dafür gesorgt werden, daß er die Sache so verkehrt wie nur irgend möglich macht. Wenn man Roosevelt einreden kann, eine Steuer auf die Sparguthaben zu legen, dann wird das Sparkapital fluchtartig das Land verlassen und die Sparer werden Zeter und Mordio schreien. Das Volk wird damit gegen das Freigeld eingenommen. Früher oder später wird dann das ‚gewagte Experiment‘ als ‚undurchführbar‘ aufgegeben." Und sie fragt: "Warum empfiehlt die ‚Times‘ gerade diesen Plan für Amerika und auch für England? Weil man dem Konkurrenten Amerika eins auswischen möchte und vor allem dem bei den Kapitalisten schon weidlich verhaßten Präsidenten Roosevelt."

Daß selbst in einem solchen Sabotage-Vorschlag – ob nun gewollt oder ungewollt – Freigeldpropaganda steckt, wie eingangs betont wurde, dem kann sich auch die F. P. nicht verschließen, wenn sie erklärt: "Uns scheint der Plan zwar raffiniert ausgeheckt, aber der Verfasser hat zuviel von der Freigeldidee verraten. Wer sich erst mal mit dem Freigeld befaßt, kommt bekanntlich nicht mehr davon los. Die einzige Waffe gegen die Freigeld-Idee ist das Totschweigen. Wer davon redet propagiert sie.

Immerhin ist auch ein Teil der Freiwirte der Meinung, daß – wenn auch eine Besteuerung der Ersparnisse in keiner Weise in Frage komme, eine "Hamstersteuer allein auf das bare Geld" nicht ausreichend ist, sondern das Buch- oder Giralgeld darein mit einbezogen werden

müßte, und zwar weil es im Warenaustausch unmittelbar als Nachfrage auftritt. Also nicht nur dem von Hand zu Hand gehenden Bargeld soll Beine gemacht werden, damit es sich nicht in den Strümpfen und Tresors verschatzt, sondern auch den "trägen Geldern auf der Bank", wenigstens soweit ihnen voller Geldcharakter eignet.

Mit dieser letzten Bedingung ist allerdings auch für sie die Grenzlinie klar und deutlich gezogen. Die englischen und amerikanischen Bankdepositen, auch wenn sie nicht als feste Bankdepositen in unserem Sinne bezeichnet werden können und kurzfristig flüssig zu machen sind, gehören nicht unter das mit der gleichen Geldsteuer zu behaftende "Buchgeld". Sie dienen also – wie die doch auch kurzfristig abzuhebenden Sparkasseneinzahlungen – wenn auch noch so kurzfristigen Sparabsichten und müssen deshalb den unantastbaren Spargeldern gleich geachtet werden.

Wenn also auch die Art und Weise, wie die ‚Times‘ Roosevelt das Freigeld empfiehlt, der Freiwirtschaftslehre stracks zuwiderläuft und einer bösen Entstellung der Freigeld-Idee gleichkommt, so brauchen wir andererseits, wie auch die F. P. zum Schlusse ausdrücklich betont, uns nicht darum zu sorgen, "daß Roosevelt auf diesen Plan hereinfallen könnte. Die amerikanischen Freiwirte, vor allem Prof. Irving Fisher, werden auf dem Posten sein."

Bald wird sich ja für Irving Fisher Gelegenheit bieten, an prominenter Stelle für die richtige Schwundgeldidee einzutreten. Wie die neueste F. P. (Nr. 3) berichtet, ist er u.a. ausersehen, als Sachverständiger vor dem Münzausschuß des Repräsentantenhauses seine Ansichten über die Fragen betr. der Aufstellung eines allgemeinen Programms zur Frage der Dollarstabilisierung darzulegen. Da wird es sich zeigen, ob die ‚Times‘ mit ihrer Voraussage, die Steuer auf nicht arbeitendes Geld werde schon bald beim amerikanischen Kongreß beantragt werden, recht behält.

R. E.

Soweit der Auszug aus dem Artikel aus "Die Letzte Politik". Es kam dann ganz anders, denn Präsident Roosevelt hörte doch nur auf die Berater, die für eine staatsinterventionistische Reformpolitik eintraten, um die Folgen der Weltwirtschaftskrise in den Staaten zu überwinden.

Sein sogenannter "New Deal" zeitigte konjunkturpolitisch zwar Teilerfolge, die Arbeitslosigkeit z. B. konnte aber erst mit Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg reduziert werden. ①



Der Krieg für Dollar und Öl

Die amerikanische Weltordnung auf dem Vormarsch am Beispiel des Irak-Kriegs



Bernd Hercksen (52 J.) war zwei Jahre lang hauptberuflicher Redakteur der freiwirtschaftlichen Monatszeitschrift DER 3. WEG, zuvor 2 Jahre FSU-Geschäftsführer. Jahrelange Berufspraxis als Journalist und Lokalredakteur, EDV-Dozent und Layouter.

14

"Kein Blut für Öl", so lautete der Slogan auf vielen Antikriegsdemonstrationen der letzten Monate gegen den Angriffskrieg der Bush-Regierung. Schon bei der Besetzung von Bagdad taten die Bush-Krieger wenig, den Verdacht vieler Friedensfreunde zu widerlegen, es ginge ihnen nur um die Kontrolle der zweitgrößten Ölreserven der Welt. Während Räuberbanden ungehindert mehr als 170.000 Kunstschätze von unschätzbarem Wert aus dem Nationalmuseum abräumen konnten – ein ursprünglich postierter Panzer wurde bald wieder abgezogen – stand das irakische Ölministerium seit dem US-Einmarsch ständig unter schärfster Bewachung. Nachdem sich der Pulverdampf über dem Irak langsam verzogen hat, wird die Frage nach den wahren Hintergründen dieses Krieges um so dringlicher.

Die vorgeschobenen Gründe für einen militärischen Schlag gegen das Hussein-Regime – die Vernichtung von Massenvernichtungsmitteln, die Installation einer Demokratie nach westlichem Vorbild und die Verbindung von Saddam Hussein mit dem islamistischen Terroristen-Netzwerk Al Quaida – erweisen sich immer mehr als Zwecklügen. So förderten weder die UNO-Inspektoren unter Hans Blix noch ihre Nachfolger nach dem Ende des Krieges einen schlüssigen Beweis für die Existenz von Massenvernichtungswaffen zutage, auch eine Verbindung zu Al-Quaida ließ sich nicht nachweisen, kein Wunder, denn Saddam hat religiöse Fundamentalisten immer bekämpft – gegen die islamische Republik Iran setzte er mit Unterstützung der USA sogar Massenvernichtungswaffen ein, und die Schiiten im eigenen Land unterdrückte er mit brutaler Gewalt.

Bleibt noch das Motiv "Demokratisierung des Irak" als Kriegsgrund. Bis jetzt haben sich die USA nicht gerade bei der Förderung demokratischer Regierungen hervorgetan. So hatten die USA ja auch keine Skrupel, den undemokratischen Diktator Saddam Hussein mit Waffen und Massenvernichtungswaffen auszustatten, um das islamische Regime des Ajatollah Chomeini zu bekämpfen, der den US-Günstling Reza Pahlawi vom Pfauenthron ge-

stürzt hatte. Weitere Beispiele, in denen die USA den Putsch gegen demokratisch gewählte Regierungen initiierten, sind Chile und Guatemala. Georg W. Bush wäre der erste Präsident der Nachkriegszeit, der diese unheilvolle Tradition umkehren würde. Bis jetzt gibt es aber keine Anzeichen für einen solchen Gesinnungswandel. So erschossen Bushs Soldaten mehr als ein Dutzend unbewaffnete Iraker, die für einen Rückzug der Besatzungsmacht USA demonstriert hatten.

Bleibt als Erklärungsursache noch das "schwarze Gold". Bekannt ist der Energiehunger der US-Wirtschaft, die immer noch geradezu verschwenderisch mit fossilen Energien umgeht - Billigöl gilt als Lebenselixier des "American Way of Life". Die USA leisten sich den Luxus, ein Viertel des Weltverbrauchs zu konsumieren, obwohl sie nur rund ein Zwanzigstel der Weltbevölkerung stellen. Im Irak werden immerhin die zweitgrößten Energiereerven der Welt vermutet. Kein Wunder, dass gerade die Bush-Regierung, deren Minister zum



Bild: visipix.com, Prajuab Mankang, Bangkok

Wo brennt's denn noch?

Teil sehr eng mit den großen Öl-Multis verbunden sind, die irakischen Ölfelder unbedingt unter ihre Kontrolle bringen wollten.

Die Kontrolle über den Irak und seine Ölfelder spielt eine zentrale Rolle bei der neuen Weltherrschaftsstrategie der Bush-Regierung, die seit Ende der 80er Jahre von der ultrarechten Denkfabrik PNAC (Project for The New American Century) entwickelt wurde. Ihre Mitgliedsliste liest sich wie das Who is Who der Bush-Regierung: Richard Cheney gehört dazu, Donald Rumsfeld oder William Kristol, der wichtigste Präsidenten-Berater und PNAC-Vorsitzende. Im Mittelpunkt ihrer "Neuen Weltordnung" steht die unumschränkte Vormachtstellung der USA in der Welt, während die UNO entmachtet werden soll. Voraussetzung dafür ist eine gewaltige Aufstockung des US-Rüstungsetats, die die USA in die Lage versetzt, unter dem Schutz eines länderübergreifenden Raketenschirms mehrere Kriege gleichzeitig führen und gewinnen zu können.

Nachdem sich die USA schon die Kontrolle der Eurasischen Ölreserven am Kaspischen Meer gesichert hat, fehlt ihr noch die Kontrolle über das irakische Öl. Dann

können sie durch den Dreh am Ölhahn die OPEC in die Knie zwingen. Diese Organisation der erdöllexportierenden Staaten hatte in den 90er Jahren den Erdölpreis schrittweise angehoben und damit die US-Wirtschaft belastet. Die Kontrolle über einen Großteil der Weltölproduktion hätte aber für die US-Falken einen weiteren geostrategischen Vorteil: Die USA könnte damit die konkurrierenden Großmächte EU und China, die beide nur geringe fossile Energiequellen besitzen, unter Druck setzen.

Das Erdöl hat aber auch eine finanzpolitische Bedeutung, die bislang in der Öffentlichkeit kaum bekannt ist. Es wird bis jetzt fast ausschließlich in Dollar fakturiert und verrechnet. Die Druckerei der Federal Reserve verwandelt sich so in eine sprudelnde Ölquelle, Dollars können in jeder gewünschten Menge gedruckt werden, um das gewünschte Öl zu importieren. "Das Öl wäre sozusagen der Wertanker des Dollars, ein multifunktionale Waffe in der Währungskonkurrenz vor allem mit dem Euro", so beschreibt Prof. Elmar Altvater in seinem Aufsatz "Die Währung des schwarzen Goldes" diesen Zusammenhang.

Würden die Erdöl-Exportländer dagegen ihr Erdöl gegen Euro tauschen, würde das die US-Wirtschaft zusammenbrechen lassen. Sie hat schon jetzt ein gigantisches Handelsbilanzdefizit, zuletzt mehr als 500 Mrd. Dollar pro Jahr, angehäuft, größer als der Handelsüberschuss aller übrigen Nationen, das sie bis jetzt nur über ihre "Weltwährung" Dollar ausgleichen kann. Fehlt diese Möglichkeit, dann würden die Erdölimporte in Euro die US-Wirtschaft so stark belasten, dass eine sich verschärfende Rezession die Folge wäre. Saddam Hussein wurde für die Öl-Connection um Georg W. Bush endgültig zu einem "Bad Boy", als er im Jahr 2000 die Öltransaktionen von Dollar auf Euro umstellte und so auch der Abwertung des Dollars um 15% entging. Weitere Erdölexportländer könnten folgen wie z. B. der Iran, der diesen Schritt bereits angekündigt hat. Kein Wunder, dass dieses aufmüpfige Land ganz oben auf der Liste der "Schurken-Staaten" steht, die der US-Strafexpedition in den Irak folgen sollen.

Die erdölverbrauchenden Länder wie z. B. Brasilien müssten bei einer Währungsumstellung der OPEC-Länder ihre Reservedollars in den Zentralbanken abziehen und gegen Euro eintauschen. Dadurch würde der Dollar einbrechen und 20-40% seines Werts verlieren. Das globale Weltfinanzsystem, das bis jetzt auf dem Petrodollar aufbaut, würde diese Grundlage verlieren und müsste neu aufgebaut werden, Banken und auch ganze Volkswirtschaften mit Dollar-Bindung würden zusammenbrechen.

All das bedroht den auf tönernen Dollarfüßen stehenden "American Way". Der US-Einmarsch soll allen Erdölländern unmissverständlich klarmachen: bleibt beim Dollar, sonst ergeht es euch wie dem Irak. Doch ob die USA mit ihrem ebenso schnörkel- wie skrupellosen Neoimperialismus und ihrem Sendungsbewusstsein nach dem Motto "Am US-Wesen soll die Welt genesen" auf Dauer bestehen kann, darf bezweifelt werden. Keine Supermacht der Geschichte konnte ihre Macht allein aufgrund ihrer militärischen Überlegenheit dauerhaft sichern, dass zeigte sich vor nicht allzu langer Zeit am Beispiel



Bild: visipix.com, Renatus, Arlesheim

Mit dem Dollar in Öl schwimmen

der Sowjetunion. Und das könnte auch in nicht all zu ferner Zukunft für die USA gelten.

Stellen sich die USA offen gegen den Rest der Welt, dann könnten sich viele Staaten gegen sie entscheiden – China z. B. stellt schon seine Währungsreserven Zug um Zug auf Euro um. ☹

Verwendete Literatur:

DER SPIEGEL vom 4. 3. 03: Jochen Bölsche: "Der Krieg, der aus dem Think Tank kam"

Elmar Altvater: "Die Währung des schwarzen Goldes" (<http://www.freitag.de/2003/08/03080301.php>)

Said Barbosa Dib: "Kriegs-ab-gründe", Rohübersetzung aus dem Portugiesischen im Internet-Diskussionsforum dynamic5-Forum.

Achtzig Milliarden Dollar für den Waffengang – Krieg als Grund für Staatsverschuldung

Kriege kosten Geld, viel Geld. Von Steuermitteln lässt es sich nicht abzweigen, sie reichen zur Deckung der üblichen Staatsausgaben ohnehin nicht mehr aus. Der Irak-Krieg nötigt die USA, eine bereits rasant zugenommene Verschuldung fortzusetzen. Ein Weg zur Vermeidung deflationärer Entwicklungen?

von Josef Hüwe

Schon der 11. September 2001 war ein Ereignis, das außergewöhnliche Aufträge an die Rüstungsindustrie nach sich zog. Im Oktober 2001 durfte sich die Firma Lockheed-Martin über den größten Auftrag der US-Geschichte freuen: 200 Mrd. Dollar für dreitausend

neue Kampffjets. Für den Irak-Krieg forderte der Präsident 80 Mrd. Dollar. 78,7 Mrd. Dollar hat der Kongress am 4. April bewilligt. Ohne jene beiden spektakulären Ereignisse hätte die Regierung die Notwendigkeit derartiger Ausgaben nicht akzeptabel begründen können. Die öffentliche Verschuldung hat schon Dimensionen erreicht, die weitere Steigerungen eigentlich verbieten. Ungeheure Schulden- und Zinslasten bedrohen die Nachfolgeneration. In drei

Jahren stieg die Staatsschuld von 3,72 Bill. Dollar (1999) auf 6 Bill. Dollar (2002), ein extrem rascher Zuwachs. Die Gesamtverschuldung erreicht bald 60% des Bruttoinlandprodukts. Der US-Kongress hat die gesetzlich festgelegte Schuldengrenze von 5,95 Bill. Dollar auf 6,4 Bill. Dollar heraufgesetzt.

Den Staat kostet der Krieg viel Geld, aber zahlreiche Firmen verdienen schon jetzt gut daran oder dürfen auf lukrative Aufträge für den Wiederaufbau hoffen. Darüber berichten die Medien zwar auch. Aber sie bleiben im allgemeinen bei solch vordergründigen Analysen wirtschaftlicher Hintergründe stecken. Mit dem Profitstreben von Unternehmen ist die Systemproblematik nicht angesprochen: Der "Zwang" zu weiteren Verschuldungen (des Staates), wozu Unternehmen und die privaten Haushalte aufgrund ihrer bereits hohen Schulden- und Zinslasten immer weniger Spielraum haben. Der Staat springt ein, um das Schuldenwachstum aufrechtzuerhalten. Dadurch erst bekommen Unternehmen wieder mehr Gewinnchancen. Auf wachsende Staatsverschuldung ist ein Wirtschaftssystem mit ständig positiven Zinsen, in dem immer mehr Schulden und Schuldzinsen

zu erwirtschaften sind, letztlich angewiesen. Wenn die Verschuldungskette reißt, wenn sich nicht genügend Nachschuldner finden, können Unternehmen ihre Produkte nicht in ausreichender Menge oder nicht zu Preisen absetzen, die auch das Geld für die Tilgung von Schulden und Kreditzinsen hereinbringen. Die wirtschaftliche Entwicklung mündet dann in eine Rezession oder am Ende gar in eine Deflation.

Diese Gefahr besteht in den USA seit einiger Zeit, u.a. weil dort, wie schon erwähnt, Unternehmen und die privaten Haushalte bereits sehr hoch verschuldet sind. Ohne die Verschuldungsinitiative des Staates droht die Verschuldungskette zu reißen. Die enormen Steigerungen staatlicher Kreditaufnahmen in den USA

können zwar begründet werden mit der Notwendigkeit, das militärische Potential zu erweitern zwecks Bekämpfung des Terrorismus, der Beseitigung eines gefährlichen Diktators und um dem irakischen Volk ein Leben in Freiheit und Menschenwürde zu ermöglichen, sie müssen aber u.a. auch verstanden werden als verzweifelte Bemühungen, eine schwere Wirtschaftskrise, eine Deflation, hinauszuschieben.

Auf die Frage, ob gesichert sei, dass das internationale Finanzsystem auf keinen Fall kollabiere, sagte Horst Köhler, Generaldirektor des Internationalen Währungsfonds, kürzlich in einem Interview: "Diese Sicherheit hat niemand". (Wirtschaftswoche vom 27.3.2003).

Die Quittung für die Schuldenakkumulation wird selbstverständlich nicht ausbleiben. Schließlich wird der Staat kaum noch öffentliche Leistungen finanzieren können. Die Allgemeinheit muss mit weiteren drastischen Kürzungen rechnen. Und wir dürfen im negativen Sinne gespannt sein, welche spektakulären Ereignisse noch folgen werden, die als Gründe für weitere Steigerungen der Staatsverschuldung herhalten können.



Hier fehlt die Vernunft

Eine Stimme gegen den Krieg

"So hat nun schon so ziemlich jedes Volk versucht, sich durch Eroberung in den ersehnten Besitz der Erdkugel zu setzen, immer mit dem gleichen Misserfolg. Das Schwert wird, wie jedes Handwerkszeug, stumpf durch den Gebrauch. Und welche Opfer werden diesen kindischen Versuchen immer und immer wieder gebracht. Ströme von Blut, Berge von Leichen, Meere von Geld und Schweiß. Dabei keine Spur eines Erfolges. Die Staatenkarte unserer Erde sieht heute aus wie ein Bettlerrock, geflickt und zerfetzt; neue Grenzzäu-



Eine Landmine in Afghanistan, dem am meisten verminten Land der Welt.



Mädchen in einem irakischen Krankenhaus nachdem es seine Hand durch eine Landmine verlor.

ne erheben sich alle Tage und eifersüchtiger denn je bewacht jeder seinen Knochen, seine von den Vätern ererbte Bettelsuppe. ... Die Teilung führt zu Krieg und der Krieg kann nur zusammenflicken. Die Nähte reißen immer wieder auf. Der Mensch braucht die ganze Erde, die ganze Kugel, keinen zusammengefügten Fetzen. Und zwar jeder einzelne Mensch, jedes einzelne Volk.

Und solange diesem Grundbedürfnis des Menschen nicht genügt wird, gibt es Krieg. Mann gegen Mann, Volk gegen Volk, Erdteil gegen Erdteil.

Wobei noch zu beachten ist, dass der aus solchen Ursachen entbrannte Krieg stets und regelmäßig das Gegenteil dessen erzeugen muss, was die Kriegführenden bezwecken.

Trennung statt Einigung, Verkleinerung statt Vergrößerung, Abgründe statt Brücken."



Kriegsfolgen heute



Jean Silvio Gesell, Finanztheoretiker und Sozialreformer, 1862 (St.Vith/Belgien)-1930 (Eden bei Oranienburg) Begründer der Freiwirtschaftslehre mit der er eine sozial gerechte und friedliche Ordnung schaffen wollte.

Wesentliche Inhalte seiner Theorie sind die Überwindung des Bodenmonopols und die Einführung von kaufkraftbeständigem, daher weitgehend zinsfreiem Geld. Zahlungsbilanzungleichgewichte und Wechselkursschwankungen zwischen Staaten sollen durch eine von einer Internationalen Valuta Assoziation angewendetes neutrales Weltgeld als Parallelwährung zu den weiterbestehenden Landeswährungen verhindert werden.

Weniger bekannt ist, daß Gesell bereits im Jahr 1906 die Frage anschnitt, ob die Ressourcen der Erde nicht besser als gemeinschaftliches Menschheitseigentum unter die Verwaltung einer internationalen Institution zu stellen seien. (Gesammelte Werke Band 4, Seite 78/79)

Silvio Gesell, Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld, in: Gesammelte Werke Band 11, Lütjenburg 1991, S. 97.

Das Regime von Bush

von Werner Vontobel

Niemand bringt sein Leben freiwillig in Gefahr, von einer Minderheit von Helden und Lebensmüden mal abgesehen. Und nichts ist so lebensgefährlich wie ein Krieg. Deshalb ziehen Demokratien nicht gerne in den Krieg. Unter Politologen gilt es denn auch schon fast als Gesetz, dass von einem demokratischen Land nie ein blutiger Angriffskrieg ausgehen kann. Doch weshalb haben dann die USA den Irak angegriffen? Darauf gibt es zwei mögliche Antworten. Erstens: Die These von der Kriegsunfähigkeit der Demokratien stimmt nicht. Zweitens: Die USA sind keine echte Demokratie mehr.

Für diese These gibt es leider ein paar gute Indizien: Der amtierende US-Präsident ist nicht gewählt, sondern nur ausgezählt worden. Eine Karriere in der Berufsarmee ist nur für die untersten Schichten attraktiv. Von den 535 Abgeordneten im US-Kongress hat nur einer einen Sohn, der Militärdienst lei-

stet. Ein Sitz im Senat erfordert Wahlkampfaufwendungen von 7,7 Millionen Dollar und in 92 Prozent aller Fälle gewinnt der finanziell potentere Kandidat. Für den französischen Soziologen Emmanuel Todd

haben sich die USA in den letzten Jahrzehnten von einer Demokratie in eine 50/20-Oligarchie verwandelt. 50 Prozent aller Einkommen gehen an die reichsten 20 Prozent der Bevölkerung. Inzwischen sind die USA gar zur 1/15/70-Superoligarchie geworden: Das reichste Prozent kassiert 15 Prozent aller Einkommen - und beherrscht 70% aller Medien. So wird es möglich, dass einige wenige einen Krieg vom

Zaun reissen, den sie garantiert nicht ausbaden müssen.

Werner Vontobel ist Wirtschaftsjournalist. Den Artikel veröffentlichte er erstmals im "Gratisanzeiger 20 Min" der Schweiz

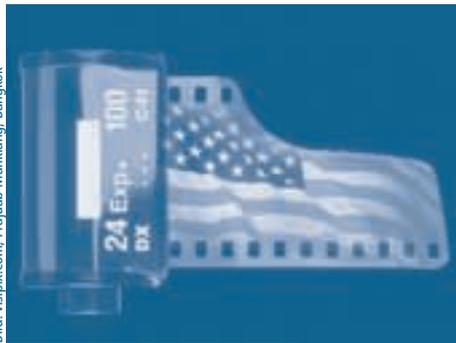


Bild: visipix.com, Prajuab Manklang, Bangkok

Ein Film für die ganze welt



Bild: visipix.com, Prajuab Manklang, Bangkok

Dieser kleine europäische Frechdachs

Die "Rammbock"-Strategie des Treasury Department

von Walter Meier-Solfrian

Im Juli 1997 wurde der Kurs des thailändischen Baht frei gegeben. Der massive Druck der globalen Finanzwelt war zu gross. Z.B. die Soros-Gruppe hat zwei Milliarden Dollar gegen den Baht gewettet. Auch viele "ehrbare" Banken und Versicherungen waren mit ihren Hedge-Fonds und ähnlichen Instrumenten mit von der Partie.

Der super-schlaue und weltweit immer wieder in ähnlicher Form angewandte Trick ist sehr simpel (und zeigt drastisch die geistig-ethische Qualifikation der globalen Geldmafia): Aufnahme riesiger Bahtkredite und rascher Rückumtausch in Dollar. Dann wird der Baht massiv unter Druck gesetzt (z.B. langsamer Ankauf grosser Bahtmengen und schlagartiger Verkauf mit entsprechenden Pressemitteilungen, welche die Währung diskreditieren). In kürzester Zeit verlor der Baht über 20% an Wert und die Spekulanten waren am Ziel. Bei der Rückzahlung ihrer Bahtschulden mussten sie 20% weniger aufwenden. Das war der Auslöser einer der grössten Wirtschaftskrisen [1]. Im gleichen Stil ging man auf die übrigen Tigerstaaten los, auf Indonesien, Malaysia und Südkorea. Nun trat als "rettender Bote des Königs" der IWF in Aktion. Zunächst erfüllte er die Forderungen der in Not geratenen ausländischen "Investoren". Dann erhielten die Regierungen Überbrückungskredite. Diese aber waren an Bedingungen geknüpft, zusammengefasst im sog. Washingtoner Konsens:

1. Staatsausgaben radikal senken. D.h. Personal entlassen, Reduktion der Ausgaben für Bildung, Soziales, Infrastruktur, usw.
2. Inländische Zinssätze stark erhöhen. Konkret heisst das nicht etwa von 4 auf 7%, sondern bis 15, 20 oder mehr Prozente. Den vielen gesunden inländischen Unternehmen ist dadurch der Zugang zum lokalen Kreditmarkt verschlossen, die Abstürze sind programmiert
3. Kapitalmarkt vollständig liberalisieren. Damit wird die totale Abhängigkeit von ausländischen "Investoren" begründet.
4. Privatisierung des Staatsbesitzes. Staatliche und halbstaatliche Betriebe, Infrastrukturen wie Autobahnen, Wasserversorgung, usw.
5. Totale Öffnung der Märkte. Ausländische Billigprodukte überschwemmen das Land, für den Konsum gibt es nötigenfalls weitere Kredite, einheimische Betriebe können nicht mithalten und sind eine leichte Beute ausländischer "Investoren".

Der US-Ökonom Robert Wade sagt dazu: "Das war die umfangreichste Besitzübertragung von inländischen an ausländische Eigentümer, die in Friedenszeiten in den letzten 50 Jahren stattgefunden hat" (zitiert in [2])

Der damalige US-Handelsminister M. Cantor (The Times vom 5.12.1997):

"Wenn Länder die Hilfe des IWF suchen, dann sollten Europa und Amerika den IWF als Rammbock benutzen, um Vorteile zu gewinnen." Weil die USA den IWF beherrschen, hatte diese kolonialistische "Philosophie" auch Erfolg.

Es scheint, dass der Irak-Krieg eine erschreckend logische Fortsetzung dieser eigentlich kriminellen wirtschaftskriegerischen Rammbockstrategie war.

Literatur:

- [1] Meier-Solfrian, Walter: Globale neue Welt. Orell Füssli 2000, ISBN 3-280-02407-2
- [2] Grefe, Christiane; Greffrath, Mathias; Schumann, Harald: attac. Was wollen die Globalisierungskritiker? rowohlt Berlin. ISBN 3 87134 451 6



Bild: visipix.com, Stephan Marti, Langenthal

Ein liebenswerter Rammbock und ein weniger sympathischer



Bild: visipix.com, Utagawa Kuniyoshi 1797-1861, Japan

ABC der Volkswirtschaft aus freiwirtschaftlicher Sicht



Hans-Jörg Willi, Jahrgang 1946, Sekundarlehrer sprachlich-historischer Richtung, verheiratet, zwei erwachsene Kinder, wohnhaft in Arbon am thurgauischen Bodenseeufer, Ex-Präsident der evangelischen Kirchgemeinde

Abwertung

Aktie

Anlage

Arbeit

Aufschwung

Baisse

Bank

Bedarf

Börse

Cash

Crash

Deckung

Eigentum

Finanz

Fonds

Freiwirt

Geld

Gut

Guthaben

Hausse

Hortung

Index

Inflation

Kapital

Kaufkraft

Konkurs

Crash

Das englische Wort "crash" ist verwandt mit dem deutschen Krach. Im Straßenverkehr bedeutet es einen Aufprall, im Geldgeschäft einen Bankrott und an der Aktienbörse einen Kurssturz. Ein solcher Wertzerfall beginnt langsam, beschleunigt sich – auch aufgrund des psychologischen Phänomens der Massenhysterie – und endet unversehens. Der bisher größte Börsenkrach von 1929 verursachte die Depression der Dreißigerjahre, welche zum Zweiten Weltkrieg führte. Weniger heftig war der Börsenkrach von 1987, welchem die Rezession der Neunzigerjahre mit immerhin bis zu fünf Prozent Arbeitslosigkeit auch in der Schweiz folgte.

Baisse und Crash haben die gleichen Ursachen, nämlich geschäftlichen Misserfolg bei Unternehmungen einerseits und fehlenden Weitergabeanreiz beim Geld andererseits. Beide Börsenentwicklungen

zeigen einen ähnlichen Verlauf. Der Unterschied zwischen Baisse und Crash liegt eigentlich in der Heftigkeit und dadurch in der Wirkung. Während der Crash die allgemeine Beschäftigung senkt, kann die Baisse diesbezüglich harmloser verlaufen. In jüngerer Zeit haben sich die beiden Phänomene Baisse und Crash insofern angenähert, als die Baisse – nach einem scheinbar unendlichen Anstieg der Aktienkurse – mit kurzen Unterbrüchen schon seit Jahren andauert und somit einem Crash auf Raten gleichkommt.

Zudem ist anzumerken, dass unternehmerischer Misserfolg durch den wohl bekannten, aber nur teilweise anerkannten Fehler im Geldwesen und somit durch die Zinswirtschaft, wenn nicht allein verursacht, so doch zumindest häufig entscheidend verschärft wird.

Deckung

Dass ein bunt bedrucktes Stück Papier, so groß wie eine Zehnernote, gleich viel wert sein soll wie ein Kilogramm eines Lebensmittels, kommt vom Glauben (lateinisch credere, daher Kredit) an die Kaufkraft des Geldscheins. Früher beruhte dieser Glaube auf der verbindlichen Zusage, das Papiergeld sei jederzeit in eine entsprechend festgelegte Menge Gold umtauschbar. Der Geldwert stand damals in einem festen Verhältnis zum Gold. Das Geld war ans Gold gebunden, es war mit Gold "gedeckt". Der Goldpreis unterlag nicht wie heutzutage täglichen Schwankungen. Spielarten dieser Deckung bestanden in der Geldbindung an Silber oder an Silber und Gold ("Bimetallismus") sowie in der Deckung des Papiergeldes durch Edelmetallvorräte zu nur beispielsweise 60 oder 30 Prozent, Goldkernwährung genannt. Neben den Edelmetallbarren dienten der Notenbank auch ausländische Geldvorräte (Devisen) als so genannte Währungsreserven, als Vertrauen bildende, Festigkeit versprechende, Sicherheit gewährleistende Mittel. Die Goldbindung etwa des Dollars, Pfunds oder Frankens war aber keineswegs unumstößlich. In Kriegs- und Krisenzeiten konnten die Notenbanken davon abweichen. Letztmals wurde der Franken de facto 1973

vom Gold gelöst und de iure 2000. Dazwischen lagen 27 Jahre Ungesetzlichkeit, ohne dass irgend jemand geklagt hätte! Jetzt aber können die schweizerischen Goldvorräte verkauft werden.

Offenbar lag und liegt der Wert des Papiergeldes und ebenso des Buchgeldes nicht in einer wundersamen Golddeckung oder Goldbindung, sondern in etwas ganz anderem, nämlich in der Wirtschaftskraft des Währungsgebietes, in der Volkswirtschaft des Landes, in der Arbeitsleistung des Volkes. Dies zu erkennen, benötigten die Menschen rund hundertfünfzig Jahre! Die Ungebundenheit der Währungen hat freilich zur Folge, dass die Wechselkurse täglich schwanken. Diese Flexibilität nützt den unsteten Volkswirtschaften, gerade im Zeitalter der Globalisierung, kann aber auch zu spekulativen Zwecken ausgenutzt werden. Ob der Euro, welcher nach innen unflexibel wirkt, für die unterschiedlichen Volkswirtschaften von Portugal bis Finnland auch in zehn oder zwanzig Jahren noch als Erfolgswährung bezeichnet werden kann, bleibt abzuwarten, dies nicht zuletzt vor dem Hintergrund der D-Mark, die es in zehn Jahren nicht schaffte, das rückständige Ostdeutschland dem Westen anzunähern.

Eigentum

Bei weitem nicht alle Deutschsprachigen wissen: "Eigentum" beinhaltet eine weitgehendere Verfügungsgewalt über eine Sache als "Besitz": Der Eigentümer verfügt im Rahmen der gesetzlichen Einschränkungen voll und ganz über sein Eigentum und ist in diesem Verfügungsrecht umfassend geschützt. Der Besitzer dagegen "sitzt" auf seiner Sache wie ein Eigentümer, ist aber – falls er nicht selber gleichzeitig Eigentümer ist – diesem verpflichtet und allenfalls abgabepflichtig. Der Besitz kann auch mit einer am Kaufpreis bemessenen Abgabe an die Allgemeinheit verbunden sein, falls jene Eigentümerin ist.

Früher war unser Eigentumsrecht im Sinn des allemannischen Rechts vom Prinzip des Patrimoniums geprägt. Eigentum wurde zwar vererbt, war aber mit der Pflicht verbunden, es zu pflegen und in gutem Zustand an die Nachkommen weiterzugeben. Zudem bestand es grundsätzlich nur in einem Nutzungsrecht. Allmenden zum Beispiel gehörten der Allgemeinheit und wurden – zum Teil bis in die heutige Zeit hinein – gemeinsam bewirtschaftet.

Erst mit der Einführung des römischen Eigentumsrechts, das auf dem Prinzip des Dominiums basiert, wurde Eigentum im Sinn eines Herrschaftsrechts verabsolutiert und vom Grundsatz der fürsorglichen Nutzung entbunden. Nun wurde es auch möglich, Eigentum beliebig zu akkumulieren, zumal das Eigentum einer juristischen Person – zum Beispiel eines Großkonzerns – demjenigen einer Privatperson rechtlich gleichgestellt ist und den gleichen absoluten Schutz genießt.

Eigentum kann jedes Gut sein, das von Menschenhand machbar ist und dadurch kein Monopol bildet, zum Beispiel Häuser und Maschinen. Besitz können darüber hinaus auch unvermehrte Güter wie Boden und Wasser sein. Die Freiwirtschaft fordert deshalb Bodenbesitz und Hauseigentum. Die aus dem Bodenbesitz sprudelnde Abgabe soll zuerst zum Bodenrückkauf durch die Allgemeinheit und später zur Steuersenkung dienen. Vor allem aber soll sie die Bodenspekulation verhindern, welche einer Geldumlaufesicherung folgen würde wie das Amen einem Gebet.

Finanz

Dieses Wort wird in der Einzahl fast ausschließlich in Zusammensetzungen wie "Finanzminister" für Geldverwalter, "Hochfinanz" für Schwerreiche oder "Finanzströme" für die gewaltigen nationalen und internationalen Geldflüsse gebraucht. Es beruht auf lateinisch finire für beenden, fines für Grenze und finantia für Fälligkeit. Demnach bedeuten die Finanzen eigentlich Zahlungstermine.

Die Finanzpolitik des Staates betrifft die Einnahmen aus Steuern, Gebühren, Zöllen und Anleihen sowie die Ausgaben für seine vielfältigen Aufgaben, eingeschlossen die Darlehenszinsen. Die Finanzpolitik ist deshalb so schwierig, weil fast alle öffentlichen Haus-

halte wegen des Zins- und Zinseszinsenprinzips in der Schuldenfalle sitzen: Auch wenn sie wollten, könnten sie ihre hohen Schulden nie und nimmer abtragen. Besonders davon betroffen sind die Länder der Dritten und Vierten Welt, die eigentlich ihre ursprünglichen Schulden über die Darlehenszinsen schon mehrfach zurückbezahlt haben, sich aber dennoch mit immer noch gigantischeren Schuldenbergen konfrontiert sehen. Die Freiwirtschaft sieht die Lösung dieses Problems weniger in Schuldenerlassen als in der Schaffung eines zinsfreien und umlaufesicherten Geldes.

Fonds

Das französische Wort Fonds kommt von lateinisch fundus für Boden oder Grund. Gemeint ist ursprünglich der Boden eines Korbes oder Topfes. Wie ein Behälter Vorräte enthält, so verwahrt ein Anlagefonds Sparrücklagen, also Vermögenswerte in Form von Wertschriften, vornehmlich Aktien verschiedenartiger Unternehmungen, ganz entsprechend der Ausrichtung des jeweiligen Fonds.

Diese Werte bringen keinen festen Ertrag wie etwa die Obligationen, sondern Gewinn oder Verlust, und zwar je nach dem Geschäftsgang schwankend in

Bezug auf die Dividenden wie auch auf den Kurswert. Weil der Aktienfonds eine Wertmischung enthält, bleiben die durchschnittlichen Schwankungen jedoch gemäßiger. Und langfristig liegt der Ertrag von Fonds höher als der von Obligationen. Eine Volksweisheit sagt: Wer gut essen will, hat eine höhere, und wer gut schlafen will, eine niedrigere Fondsbeteiligung bei seinen Sparrücklagen.

Das Wort Fond wird auch ohne s geschrieben. Dann aber bedeutet es Hintergrund in einem Raum oder Rücksitz in einem Fahrzeug.

Konsum

Konto

Konzern

Kurs

Land

Lohn

Markt

Nachfrage

Pacht

Plan

Politik

Preis

Produkt

Rente

Schuld

Schwund

Staat

Teuerung

Umlauf

Verband

Wachstum

Währung

Wechsel

Wirtschaft

Zins

Wirtschaftliche Triebkräfte von Rüstung und Krieg

Text



Helmut Creutz mit einer Kurzfassung des Textes "Wirtschaftliche Triebkräfte von Rüstung und Krieg" von Helmut Creutz

Alle Kriege, zumindest in unseren Zeiten, sind letztlich als Wahnsinn anzusehen. Wie aber kommt es heute noch zu solchen barbarischen Auseinandersetzungen in einer sich als zivilisiert bezeichnenden Welt?

Humanisten und Aufklärer formulierten einst die große Hoffnung, dass durch den technischen Fortschritt alle Menschen zu Wohlstand gelangen und im "ewigen Frieden" (Kant) miteinander leben könnten. Die Klassiker des Liberalismus entwickelten die dazu passende Vorstellung freier Märkte, die einen friedlichen Ausgleich ökonomischer Interessen zwischen den Individuen ermöglichen könnten. Wie kommt es dann heute immer noch zu solch barbarischen Auseinandersetzungen in einer sich als zivilisiert bezeichnenden Welt?

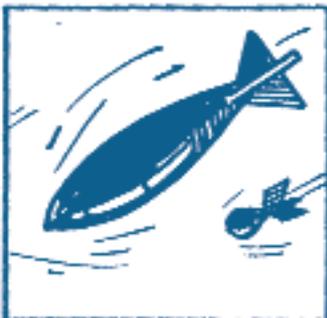
Geht man dieser Frage nach, dann zeigt sich ein enger Zusammenhang zwischen kriegerischen Auseinandersetzungen jeder Art und bestimmten ökonomischen und monetären Fehlentwicklungen. Es ist zu erkennen, dass im Modell einer Marktwirtschaft von Adam Smith und den anderen liberalen Klassikern nicht betont wurde, dass alle Menschen ein Recht auf gleiche Teilhabe am Boden, an der Erde überhaupt haben. Und indem sie das Geld als ein bloß neutrales Tauschmittel betrachteten, übersahen sie die strukturelle Macht des Geldes.

Während sich daher in immer weniger Händen konzentriert große Geld- und Sachkapitalvermögen akkumulieren, wiederholen sich immer wieder Krisen und Konjunkturreinbrüche. Solche Einbrüche gibt es vor allem dann, wenn sich während der Konjunkturphasen so viel Kapital gebildet hat, dass sich seine Verwertungsmöglichkeiten verschlechtern. Auf diesen Zusammenhang

weist bereits ein Artikel des Sparkassenverbandes aus dem Jahr 1891 hin: "Die Ursache für das Sinken des Zinsfußes wird vorzüglich darin gefunden, daß die besonders rentablen Kapitalanlagen großen Maßstabes heute erschöpft sind und nur Unternehmungen von geringer Ergiebigkeit übrig bleiben." Und um den damals auf drei Prozent gesunkenen Zinssatz vor einem weiteren Fall zu bewahren, müßten – so hieß es weiter – "... die neuen Länder, beispielsweise Afrika, sehr rasch durch europäische Kapitalien erschlossen werden, damit einem solchen Sinken begegnet werde." Da aber auch diese Investitionen nicht reichen würden, schließt der Artikel mit folgender Aussage: "Nur ein allgemeiner europäischer Krieg könnte dieser Entwicklung Halt gebieten durch die ungeheure Kapitalzerstörung, welche er bedeutet."

Auf die Zusammenhänge zwischen Krieg und Kapitalrentabilität hat auch der große irische Dichter George Bernard Shaw während des Zweiten Weltkriegs aufmerksam gemacht: "Ich verabscheue den Krieg und sehe keinen Unterschied an Grauenhaftigkeit zwischen den Bombardierungen Londons, Neapels und Kölns. Sie alle sind abscheulich Damit stehe ich nicht allein. Alle Kapitalisten, die ich kenne, hassen den Krieg genau so Anzunehmen, dass einer von uns wohlüberlegt ein angezündetes Streichholz in ein Pulvermagazin schleudern würde, damit der Zinssatz um zwei oder drei Prozent steigt, stände in krassestem Widerspruch zur Natur des Menschen und zu den nackten Tatsachen ... Und trotzdem folgt auf zweieinhalb Prozent mit der gleichen Gewißheit Krieg, wie die Nacht dem Tag folgt."

Der britische Ökonom John Maynard Keynes hat die Zusammenhänge ungefähr so beschrieben: Ständig ver-



Krieg



Zerstörung



humanitäre Hilfe



Wiederaufbau

mehrte Investitionen im zivilen Bereich gefährden das ‚Gleichgewicht‘ d.h. die Rentabilität der bereits getätigten Investitionen. ‚Sinnlose Bauten‘ dagegen tun dies nicht und gewinnen genau daraus ihren Sinn, mit seinen Worten: "zwei Pyramiden, zwei Steinhäufen für Tote sind doppelt so gut wie einer, aber nicht zwei Eisenbahnen von London nach York."

In der wissenschaftlichen Literatur gibt es für den Vorgang der Kapitalvernichtung den Begriff "Reinigungskrise zur Beseitigung von Überinvestitionen". Gemeint ist mit "Überinvestition" der Zustand, bei dem der Investitionsumfang so groß geworden ist, dass er den Zins unter jene Grenze drückt, bei der es zu Geldzurückhaltungen und damit deflationären Rezessionen kommt. Auch ohne Krieg und ohne Rüstung werden in solchen Rezessionen durch Unternehmens- und Privatbankrotte, durch Verschleudern oder Verderben von "Überproduktionen" bereits Vermögenswerte aus dem Verkehr gezogen. Mit dieser "Reinigung" – sprich Kapitalvernichtung – wird dann wieder eine ausreichende Knappheit erzeugt, die über höhere Zinsen das Kapital wieder aktiv werden lässt.

Durch ständiges Wachstum, aber auch durch Ausweitung marktferner Investitionen wie Raumfahrt und Rüstung, wird die Notwendigkeit solcher "Reinigungskrisen" eine Zeitlang hinausgeschoben. Die Regierungen ergreifen diese Massnahmen, da der Beginn einer Deflationsspirale von den Regierungen zurecht sehr gefürchtet wird. Diese Deflationsspirale kommt genau dadurch in Gang, dass sich (Geld)Kapital vom Markt zurückziehen kann und dies bei nicht hinreichend attraktiver Rentabilität auch tut! Statt also das Kapital mit geldpolitischen Mitteln zu veranlassen, sich auch zu niedrigeren Zinsen zur Verfügung zu stellen, sorgen die Regierungen für die Knappheit des Kapitals, um den Rückzug vom Markt zu vermeiden.

Ist deshalb der Ruf nach Umschichtung staatlicher Mittel hin zu zivilen Zwecken erfolglos, obwohl die Menschen weltweit dies fordern und die Mangelsituation in weiten

Bereichen des zivilen Lebens offensichtlich ist? Erscheinen daher die Rufe nach Gewaltfreiheit als naiv, wo doch die Polarisierung zwischen Reich und Arm, die Ungerechtigkeit im Zugang zu den Ressourcen dieser Erde dramatisch ist? Kann man der deflatorischen Gefahr fallender Zinsen durch strukturelle Reformen des Geldwesens begegnen? Es ist dringend erforderlich, dass darüber nachgedacht wird,

1. mit welchen Methoden allen Menschen eine gleichberechtigte Teilhabe am Boden und allen Lebensgrundlagen verschafft und gesichert werden kann;
2. wie das Geld so umgestaltet werden kann, dass aus einem strukturellen Machtmittel ein neutrales Tauschmittel wird.

Keynes sprach in diesem Zusammenhang von einem großen "Gezeitenwechsel", von einem durchaus realisierbaren Modell. Sowohl auf nationalstaatlicher als auch auf internationaler Ebene kann der Umgang des Menschen mit dem Boden und mit dem Geld neu geregelt werden.

Der Boden, die Ressourcen und die Atmosphäre sind Gemeingüter, deren private Nutzung gegen Gebühren ähnlich einer Pachtzahlung möglich ist. Der Ertrag wiederum wird an alle Menschen gleichermaßen zurück verteilt. Dadurch ist die "durchschnittliche" Nutzung aufkommensneutral. Das Geld wird von einem zerstörerischen Beherrscher der Märkte zu ihrem Diener. Es

bedarf dazu nicht des Rückgriffs auf die Moral des Menschen, sondern einer intelligenten Änderung des Geldmechanismus und einer Unterscheidung von Nutzungsrechten und Besitz am Boden.

Selbstverständlich benötigt dieses Nachdenken über Reformen und ihre Durchsetzung eine demokratische Kultur und die Mitwirkung vieler Menschen. 

Den ungekürzten Beitrag finden Sie bei sozialökonomie.info unter http://www.sozialoekonomie.info/Zeitschrift_fuer_Sozialoekonomie/LeseProben/Page12177/page12177.html



Hiroshima heute

Die Pensionen sind gesichert, wenn der Staat keine Sozialhilfe an die Reichen zahlt

von Gerhard Margreiter

Die derzeitige österreichische Regierung vermeint einen Handlungsbedarf bei den zukünftigen Pensionen zu erkennen. Sie sagt, die zukünftigen Pensionen müssten um etwa 20% niedriger sein, und im Prinzip sagen alle österreichischen Institutionen und Parteien es unserer Regierung nach (nur die 20% mißfallen ihnen).

Die ins Hirn der Österreicher eingedrungene Botschaft lautet: "Die Bevölkerungspyramide ist keine Pyramide mehr, sondern eher eine Säule, immer weniger Erwerbstätige müssen bald immer mehr Pensionisten erhalten, und das ginge sich nicht aus". Der Nachsatz lautet dann zumeist: "Die Leute müssen eben selbst vorsorgen" - So, als ob sich dadurch etwas an der Bevölkerungsverteilung verändern würde.

Leider glauben 84% der Österreicher an diese Pensionskeule. Sie fallen auf ein Ablenkungsmanöver herein.

Eine absolut hieb- und stichfeste Überlegung ist die folgende: Die Güter und Dienstleistungen, die von den Pensionisten konsumiert werden, müssen etwa zur gleichen Zeit von den Arbeitenden produziert werden. Das ist bereits seit der Steinzeit so, denn nur sehr wenige Konsumgüter lassen sich über Jahrzehnte hinweg ohne Schaden aufheben und Dienstleistungen schon gar nicht.

Man tut also gut daran - wenn wir die Sache mit Geld erledigen wollen - dieses Prinzip auch auf das Geld auszudehnen und daher ist das sogenannte Umlageverfahren das einzig sichere. Ob Geld in 20 Jahren noch etwas wert sein wird - wer weiss es? Zu viele glauben leider, dass sich stillgelegtes Geld von selbst vermehre, aber kann es dabei seinen Wert behalten - und was ist mit jenen, die sich keine Geldvorräte anlegen können - sollen die im Alter darben? Die Absicherung durch die Allgemeinheit ist die sozial richtige und klügere.

Nun erscheint es den Menschen logisch zwingend zu sein, dass weniger Erwerbstätige auch weniger Geld für die Senioren bereitstellen könnten.

Unsere Regierung, unsere Parteien und Institutionen und all die anderen Hobbydenker vergessen dabei nur eines:

Die Produktivität ist in den letzten Jahrzehnten doch gewaltig angestiegen - den immer besseren Produktionsmaschinen sei Dank - und man hofft doch, dass dieser Anstieg auch anhalte.

So ist etwa die Produktivität in der österreichischen Industrie im Zeitraum 1960 bis 2000 inflationsbereinigt von 22907 auf 59196 (gerechnet in \$ des Jahres 1990) und somit um 154% gestiegen. Das bedeutet, dass im Durchschnitt für eine Produktion, zu der 1960 noch 100 Beschäftigte nötig waren, im Jahr 2000 nur mehr 39 Erwerbstätige erforderlich gewesen sind. Es können also heute wesentlich weniger aktive Mitbürger die gleiche Menge an Produkten erzeugen, wofür früher mehr Menschen tätig sein mussten.



Und unsere Statistik zeigt in der Industrie auch noch zusätzlich einen Anstieg der Beschäftigten - von 618.000 auf 696.000 -, der eigentlich ja gar nicht ins Horrorszenario passt. Allerdings muss dieser Trend natürlich nicht unbedingt anhalten. Dies ist wohl eine Frage der Arbeitsmarktpolitik.

Sieht man sich nun auch noch an, was diese Erwerbstätigen die Unternehmen gekostet haben, so entdeckt man einen Anstieg auch in den pro Kopf Brutto-Bruttozahlungen an die Beschäftigten, ein Anstieg der inflationsbereinigt ebenfalls 154% in den obigen 40 Jahren ausmachte.

Man hat also immer mehr produzieren können und hat dafür auch immer mehr Geld für die einzelnen Beschäftigten bezahlt, wovon diese Pensionbeiträge zahlten - weshalb soll dann um Himmels Willen ein Problem entstanden sein?

Die Pensionsversicherungen haben - so kann man annehmen - immer mehr Geld bekommen und konnten es sich daher auch leisten, immer mehr Frühpensionisten

zuzulassen und dies wurde tatsächlich gemacht. Das effektive Pensionsalter war bereits auf etwa 57 Jahre abgesunken - deutlich unter die gesetzlichen Grenzen von 65 bzw. 60 Jahre. Die Jungpensionisten und vor allem die jeweiligen Regierungen haben sich darüber übli-

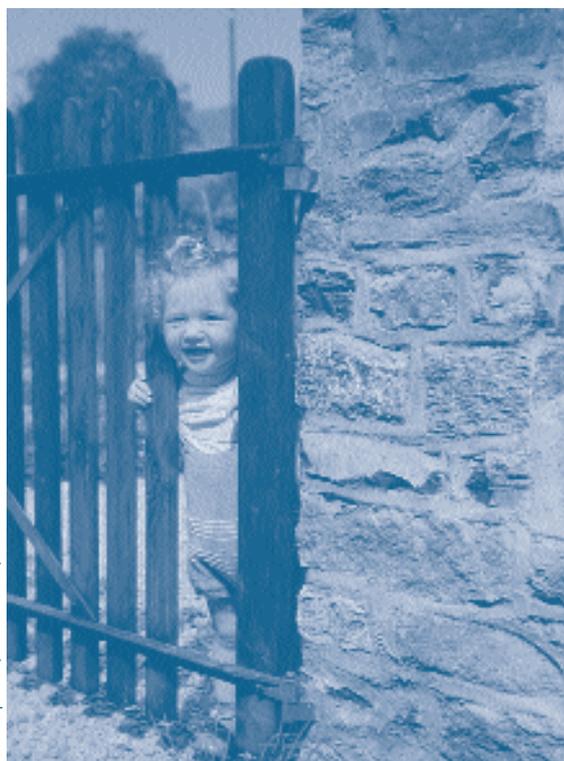


Bild: visipix.com, Fritz von Beust, Schweiz

Hallo Opa!

cherweise gefreut, denn das hat die Situation am Arbeitsmarkt deutlich entspannt und junge Leute konnten auf die frei gewordenen Stellen nachrücken.

Es war eine willkommene Arbeitsplatzsicherung und Verbesserung der Arbeitslosenstatistik. Aber genau hier wird nun das Problem sichtbar. Niemand würde sich darüber erregen, wenn das Frühpensionsalter nicht noch weiter sinken kann, aber dass die Pensionszahlungen bei weiter steigender Produktivität und entsprechend steigender Entlohnung selbst von weniger Erwerbstätigen nicht finanzierbar seien, ist eine Milchmädchenrechnung und eine arge Gedankenlosigkeit. Nur wenn man diese Fortschritte im Produzieren einfach ausblendet, kann man zum fehlerhaften Ergebnis kommen, dass es ein Problem geben würde.

Wohl aber werden die geplanten Pensionskürzungen (nach starker Kritik aus vielen Lagern wurden diese nun mit 10% ‚gedeckt‘) selbst durchaus ein Problem

schaffen. Weniger Geld an die Pensionisten bedeutet nämlich weniger Nachfrage und weniger Nachfrage wirkt sich auf die Firmen und die Arbeitsplätze aus. Spätere Pensionierungen wirken sich ebenfalls ungünstig auf die Arbeitsplatzsituation aus und zusammen entsteht ein gefährliches Gemisch. Was sich der Staat bei den Frühpensionen spart, wird er als Arbeitslosengeld an die junge Generation bezahlen müssen.

Unsere Regierung und die sogenannten Wirtschaftsexperten der Parteien denken offenbar nur betriebswirtschaftlich aber nicht volkswirtschaftlich.

Ein Blick auf die Entwicklung der Budgets der letzten Jahrzehnte könnte sehr hilfreich sein, um zu verstehen, weshalb der Staat mittlerweile - trotz steigender Steuerbelastung – an Geldmangel leidet:

Unser Staat zahlt immer mehr Sozialhilfe an die Reichen in Form der Zinsen für die Staatsschuld. Diese Zahlungen machen bereits ein Siebtel der Steuereinnahmen aus - Tendenz steigend. Das ist es, was unsere Regierung (und die vieler anderer Staaten) jetzt in Bedrängnis bringt. Dieses Problem wird aber nicht zur Kenntnis genommen und dem Staatsbürger auch nicht zur Kenntnis gebracht. Viel lieber erzählt man da das Märchen von der Unfinanzierbarkeit der Pensionen und beschließt Maßnahmen, die die Arbeitslosigkeit in die Höhe schnellen lassen müssen.

Die INWO-Österreich veranstaltet im Herbst drei Vorträge mit dem Übertitel:

"Funktionale Zusammenhänge der Ökonomie"

- Der erste findet am 16. 9. 2003, 19 Uhr in der Staudingergasse 11, Wien 20, mit Mag. Bernhard Paster als Vortragendem statt und fasst folgendes zusammen: "Ökonomische Rahmenbedingungen / Wettbewerb, Konkurrenz"
- Der zweite Vortrag findet am 28. 10. 2003, 19 Uhr am gleichen Ort, wahrscheinlich auch mit Bernhard als Vortragendem statt und behandelt: "Gütermarkt / Arbeitsmarkt"
- Der dritte Vortrag soll Ende November stattfinden und den "Kapitalmarkt" beleuchten.

Für Jänner und Februar sind zwei Vorträge zum Themenkreis "Ethisch normative Legitimation" geplant.

Am Freitag den 3. 10. findet die Generalversammlung der INWO-Österreich statt.

ATTAC Frühlingsakademie – Wirtschaftsfrühling durch Schuldenmachen?

Bernhard Thomas besuchte die ATTAC-Frühlingsakademie in Regensburg. Dabei versuchte er der Stimmung bei ATTAC bei den Themen Reichtumsungleichverteilung und alternative Wirtschaftstheorien nachzuspüren. Hier sein Bericht.

Vier Tage lang trafen sich die Globalisierungskritiker von ATTAC in Regensburg – zu dem Kongress "Konzern Europa?" Dies war auch von regionaler Bedeutung; oft finden Ereignisse von solchem Umfang nicht im Süden der Republik statt.

Das Programm war umfangreich, in 11 Hauptthemen gab es ca. 40 Vorträge. Dabei fielen vor allem die Hauptthemen "Reich und Arm" und "Alternative Modelle" auf, die bis jetzt bei ATTAC keine dominierende Rolle spielten. Die Vorträge in diesen Themenbereichen trafen aber

auf ein großes Echo bei den etwa 300 Teilnehmern, die Vorträge waren oft mit ca. 80 Leuten besucht. Dabei zog sich das Thema Arm und Reich, Ursachen der ungleichen Reichtumsverteilung auf der einen Seite und Folgen der Armut und Arbeitslosigkeit auf der anderen Seite wie ein roter Faden durch die gesamte Tagung.

Gleich am Beginn der Vorträge stellte Frau Huber aus Regensburg die Daten des Armutsberichtes aus Regensburg vor. Wenn man sich die Fakten des Berichts vor Augen führt, bleibt nicht viel Platz für Sozialneid auf die "Faulenzer": Sozialhilfe bedeutet ein Einkommen von ca. 43% des Durchschnittseinkommens der Beschäftigten und bedeutet Leben in Armut.

Ursprünglich in den frühen Jahren der Bundesrepublik wurde Sozialhilfe vor allem als Hilfe in besonderen Lebenslagen (bei Krankheit und Pflegebedürftigkeit) bezahlt, weniger als Hilfe zum Lebensunterhalt (bei Arbeitslosigkeit). Heute dient die Sozialhilfe vor allem zum Ausgleich der Folgen der Arbeitslosigkeit und hat damit eine ganz andere Bedeutung gewonnen wie ur-

sprünglich gedacht.

Der oder die typische Sozialhilfeempfänger/in ist heute arbeitslos, alleinerziehend, jung, oft weiblich und Ausländer oder Aussiedler. 50% der Sozialhilfebezieher sind Kinder, Kinderreichtum ist der häufigste Grund für Obdachlosigkeit. Eine Erkenntnis war der Referentin ganz besonders wichtig: Es gibt einen Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Umfang der Sozialhilfeempfänger: Ist die Arbeitslosigkeit niedrig, ist auch die Zahl der Hilfeempfänger niedrig. Sozialhilfeempfänger

wollen also arbeiten. Gleich anschließend beschrieb Thomas Seltmann (Zeitschrift Humanwirtschaft) vor ca. 80 Teilnehmern die Probleme im Geldwesen. Die hohe Teilnehmerzahl und das große Interesse am Thema belegt, daß bei vielen Teilnehmern ein Zusammenhang zwischen dem Armutsproblem und den Mechanismen



Erholung nach geistiger Anstrengung

im Geldwesen gesehen wird. Trotzdem war der Vortrag über das Geldwesen von einer "interessierten Distanz" des Publikums geprägt. Die Mehrheit im Publikum sieht die Regeln im Geldwesen sicher kritisch, aber nicht als das einzig vorhandene Problem an. Man hört sich die Analyse an, aber ist nicht überzeugt, ob die angebotenen Lösungen einen Beitrag zur Problemlösung bringen oder ob das alleine reicht.

Gleich anschließend kamen wieder harte ökonomische Daten von Claus Schäfer, einem Referenten von der Hans-Böckler-Stiftung. Er stellt die Reichtumsungleichverteilung mittels einer Kundenstudie der Investmentbank Meryll-Lynch vor: 50% der deutschen Haushalte besitzen 5% des Geldvermögens, aber 10% besitzen

50% davon. 0,5% aller erwachsenen Personen besitzen 25% der Geldvermögen, 0,005%, also 3700 Personen, besitzen 8% aller Geldvermögen in Deutschland. Nach dieser Studie wusste die Bank, wo das Geschäft zu machen ist und das Publikum in Regensburg, wo das Problem liegt.

Interessant war vor allem die Konsequenz, die Herr Schäfer aus dieser Ungleichverteilung zog: Neben einer

Umverteilung der Steuerlast sollte sich vor allem der Staat mehr verschulden. Das war Anlaß für das Publikum, intensiv und unabhängig voneinander den Referenten nach anderen Ursachen für die ungleiche Reichumsverteilung zu fragen. 5 Nachfragen gingen in Richtung der Mechanismen im Geldwesen. Die Nachfragen wurden von Claus Schäfer jedoch nicht ernst genommen, was in der Aussage gipfelte: "Glauben Sie mir, vom Geldsystem gehen keine Probleme aus".

Auf die Nachfrage, ob die ansteigende Verschuldung nicht die Probleme noch verschärfen würde, entspann sich folgende Argumentationskette:

Die steigenden Zinslasten könnten durch Wachstum ausgeglichen werden; so würden zwar nominell die Lasten steigen, aber nicht der Anteil am Haushalt der Öffentlichen Hand. Der daraus folgende Wachstumszwang würde aber kein Problem darstellen, da dieser erst in 30 Jahren zur Auswirkung kommt, wo die jetzige Generation das nicht mehr tangiert. Auf den Einwand vom Publikum, daß es aber unsere Kinder sehr wohl noch betrifft, erwiderte er, daß dann schon neue Innovationen gefunden werden, die dieses Wachstum weiter zulassen. Damit war die Diskussion zu Ende, und so blieb der letzte Gedanke unausgesprochen: Genau an diesem Punkt sind wir aber jetzt schon: Die Wirtschaft muß wachsen, nicht um Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen (was sie in immer schlechterem Maße tut) sondern um das System an sich weiter funktionsfähig zu halten.

Wolfgang Kessler, der Redakteur vom Publik Forum sah das Problem schon wieder etwas differenzierter: Verschuldung des Staates für neue Arbeitsplätze ist auch unsozial: "Sie schafft vor allem Einkommensmöglichkei-



ten für Reiche". Er sieht die Möglichkeit zur Schaffung neuer Einkommensmöglichkeiten für Arme (also Arbeitsplätze) in Wachstum in Bereichen, wo noch Bedürfnisse sind (Infrastruktur, soziale Dienstleistungen) aber auch in Arbeitszeitteilung oder –verkürzung und eben doch – Verschuldung des Staates. Man konnte nach diesen Kongresstagen den Eindruck haben, daß sich die intellektuell

führenden Köpfe bei den Gewerkschaften und bei ATTAC bereits festgelegt haben. Auf die immer drückendere Frage der Ungleichverteilung der Einkommen in Deutschland, wobei die Arbeitslosigkeit nur eine Folge davon ist, haben sie vor allem eine Antwort parat: Verschuldung des Staates. Damit kann man natürlich allen systemkritischen Fragen, die mögliche Alternativen zum jetzt herrschenden Wirtschaftssystem herleiten, erst einmal wieder aus dem Weg gehen. Besonders überzeugend klang das für das Publikum aber nicht. Dies belegen die vielen Nachfragen von vielen Teilnehmer unabhängig voneinander.

Nachtrag: Der Autor war ein paar Tage später noch auf einer Versammlung von ATTAC und Gewerkschaftsvertretern: Da klang es schon wieder versöhnlicher: Die Gewerkschaften seien beim Thema Staatsverschuldung in einem Diskussionsprozess. Kurzfristige Verschuldung des Staates sei wohl sinnvoll. Aber grundsätzliche Kapitalismuskritik wurde von dem Vertreter der Gewerkschaften auch hier rundweg abgelehnt.



Bernhard Thomas
ist Vorstandsmitglied der INWO D.

Die INWO beim 1. Ökumenischen Kirchentag in Berlin

200.000 BesucherInnen und jede Menge Interesse an der Geldreform



Der Bingmarkt

Baujahr 1975, 55 PS, Volkswagen - der erste ökumenische Kirchentag in Berlin war wahrscheinlich zugleich der letzte für den INWO-Transporter der Brüder Lange. Deutlich jünger als der Oldtimer waren die meisten Helfer auf der sogenannten "AGORA". Mindestens ebenso ungewöhnlich wie der VW-Bus zwischen all den Messe-LKWs neuester Generation war der Gemeinschaftsstand von INWO, der Freiwirtschaftlichen Initiative Nordhessen (FIN), des Arbeitskreises Solingen und der Berliner Initiative für neutrales Geld (BING).

Auf der Geldreformer-Insel waren daneben auch die Christen für gerechte Wirtschaftsordnung (CGW) und die Humanwirtschaft vertreten. Direkt am Eingang der Halle 4.1 zog der "Supermarkt" von BING die meisten Blicke auf sich. Die Berliner Initiative bot an ihrem Stand Produkte an, denen der Zinsanteil fehlte: Limonaden-Flaschen, Bierdosen, Schokolade-, Kuchen- und Cornflakes-Verpackungen enthielten 30 Prozent weniger.

Wer von der anderen Seite auf der Geldreformer-Insel landete, blieb am Wirtschaftskreislauf-Modell der INWO

hängen. Das durch einen Elektromotor angetriebene Zahnrad-Werk war ein beliebtes Fotomotiv und die Kopien mit Bild sowie einem erklärenden Text gingen weg wie warme Semmeln. Auch die Grafiken von Helmut Creutz zogen viele Kirchentagsbesucher in den Stand, wo trotz der vielen Außentermine immer mehrere kompetente Ansprechpartner zu finden waren.

Erstaunlich war, wie viele Referenten bei Vorträgen und Diskussionen auf dem fünftägigen Kirchentag mit "unserer" Zinskritik argumentierten oder sogar komplett die Analyse von Creutz und der INWO vortrugen. Bei diesen Gelegenheiten wurden jede Menge INWO-Infoblätter verteilt und gern genommen. Auch der Zulauf bei den Vorträgen von Klaus Popp und Ralf Becker zeigte, dass unser Thema hochaktuell und brisant ist. Jeweils um die 40 Zuhörer ließen sich auf den Pappkartons nieder, die in den Messehallen die Stühle ersetzen, lauschten unseren beiden Referenten und kauften im Anschluss Bücher und hinterließen ihre Adressen.

Sehr vielen Kirchentagsbesuchern war die Geldreform



200 000 Besucherinnen und Besucher

bereits ein Begriff. Lokale Initiativen, vor allem aus dem Osten Deutschlands, knüpften erste Kontakte zur INWO. Aber es kamen auch zahlreiche Menschen an den Stand, denen die Idee völlig neu war. Dank der zahlreichen erklärenden Grafiken und dem unermüdlischen Einsatz der hoch motivierten INWoler konnten



Nur nicht drängeln!

unzählige Fragen beantwortet werden. Wie immer kamen auch einige "Experten" vorbei, die zwar nicht restlos begeistert, wohl aber nachdenklich von dannen zogen, natürlich versehen mit Bierdeckel und Flyer. Und wenn es bei einem Standbetreuer mal hakte, wurde ein anderer gerufen, um mit weiteren guten Argumenten die Idee zu vermitteln. Dass diese Arbeit erfolgreich war, zeigten die positiven Reaktionen der Besucher, das Interesse an der Verlosung, der teilweise Ausverkauf der angebotenen Bücher und der Beitritt einiger neuer

INWO-Mitglieder. Etliche Sympathisanten haben sich außerdem Beitrittsformulare mit genommen.

Nach dem Kirchentag brauchten Erich, Peter, der voll gepackte VW und der Anhänger für die mehr als 400 Kilometer lange Strecke etwa sechs Stunden - ohne Panne, aber mit enormem Spritverbrauch und der



Die berühmten Bierdeckel

Angst vor dem nächsten TÜV. Den einen oder anderen Kirchentag würde der Bus noch überstehen, aber die nächste Untersuchung wohl nicht. Sicherlich werden die findigen Lange-Brüder einen Ersatz für das nächste Logistik-Unternehmen der INWO auftun. Der nächste Kirchentag kann kommen. Die Katholiken versammeln sich 2004 in Ulm und die INWO und andere Geldreformer werden sicherlich wieder aktiv vor Ort sein.

Von Jens Hakenes

Armin Görner zum Gedenken (29. Januar 1925 – 6. Juni 2002)



**Es keimen die Pflanzen in der Erdennacht,
Es sprossen die Kräuter durch der Luft Gewalt,
Es reifen die Früchte durch der Sonnen Macht.**

**So keimet die Seele in des Herzens Schrein,
So sprosset des Geistes Macht im Licht der Welt,
So reifet des Menschen Kraft in Gottes Schein.**

Rudolf Steiner

Diese wunderbaren Worte stehen in der Todesanzeige von Armin Görner vom 6. Juni des letzten Jahres. Sie sind ein Zeichen für seine grosse Verbundenheit mit der Natur und seine in die Tiefe dringende Geisteshaltung. Beruflich befasste er sich mit biologischen Fragen, in der Freizeit diente ihm der Garten und die Betreuung seiner Bienen zum Ausgleich. Seine soziale Ader kam in den jahrelangen präsidentalen Tätigkeiten in der Vereinigung für Kultur und Heimatkunde und in einer sozialen Wohnbaugenossenschaft, beide in Thayngen, zum Ausdruck. In der INWO-Gruppe Schaffhausen arbeitete Armin Görner viele Jahre im Vorstand, als Aktuar und Revisor mit.

Als überzeugter Anthroposoph und als Mitglied der INWO dachte er viel über die Probleme unserer Zeit nach. Im Jahre 1991 überreichte er mir ein Manuskript, das er als Entwurf bezeichnete: "Menschenrechte umfassend verteidigen." Hier auszugsweise einige Gedanken:

"Das unbefriedigende unserer heutigen Politik ist, dass der Bürger der mit seinem Stimmzettel seine Bürgerpflicht erfüllen will, sehr wohl über das geplante Tramhäuschen abstimmen kann. Er hat aber keine Möglichkeit über den Bau einer neuen Fabrik im Dorf, mit 3000 Mitarbeitern, abzustimmen. Oder auch beim Schliessen einer Fabrik kann er nicht mitreden. Hier wird eine zunehmende Schwäche im demokratischen Prozess manifest, da entscheidende Dinge von der Einflussnahme des Bürgers ausgeschlossen werden. Auch die immer stärker werdende Nutzung und Plünderung

unseres Planeten geht weitgehend ausserhalb der politischen Arena vor sich. Wir wissen alle, dass das Nord-Süd-Gefälle, (die Habenden und die Habenichtse) ein monetäres Problem ist, aber kein potentieller Anwalt hilft entscheidend. Die obgenannten und weitere Sozialprobleme entstammen aus den gleichen monetären Quellen, die verführerisch und giftig sind! Eine ist seit dem alten Testament bekannt - das Grund- und Bodenproblem. Aus alttestamentlicher Sicht, wie aus christlicher Sicht, sollten wir annehmen: Recht auf Grund und Boden hat niemand. Das Land ist der ursprüngliche Erbeil des gesamten Menschengeschlechts (Allmenden). Das in der Schweiz gehandhabte Bodenrecht zeigt immer mehr unsoziale Seiten. Aus dem Land werden milliardenschwere "Nutzen" meistens durch Private erpresst."

In den folgenden Jahren folgten weitere Manuskripte, z.B. "Einiges zum Geld 1 und 2." Dann: "Um das Geld herum." Kurz vor seinem Tode schrieb er noch 2 Arbeiten nieder. Am 18. Mai 02 "Globalisierung von unten." und am 29. Mai 02: "Denkprozesse unterschiedlicher Art."

All die Jahre konnte er auf das Verständnis und die Zuneigung seiner Frau Elsbeth und seiner drei Söhne zählen. Seine Schaffhauser INWO-Freunde würdigten diesen Frühling in einer Zusammenkunft ihren lieben, stets hilfsbereiten Kameraden und seine zukunftsweisenden Gedanken.

Ernst Weber

Schwarzmalerei und Irreführung oder Herr Couchepin und die Renten

Die Fakten:

2020 werden 2.9 erwerbstätige Personen für eine Rentnerin/einen Rentner aufkommen müssen. 2000 lag das Verhältnis 4 zu 1.

Zwischen 1980 und 2000 stieg die Produktivität um 20%, d.h. im Jahre 2000 produzierten 5 Personen soviel wie 1980 6 Personen. Dies entspricht einem jährlichen Produktivitätswachstum von 0.92% über 20 Jahren.

Unter der Annahme, das Produktivitätswachstum bleibe unverändert, werden 2020 2.9 Erwerbstätige soviel produzieren, wie heute 3.5 Erwerbstätige.

Die Schlussfolgerung:

Wo liegt also das Problem? Mit einer geringfügigen Mehrbelastung der Erwerbstätigen, lassen sich 2020 die RentnerInnen problemlos mit Gütern versorgen und der jetzige Lebensstandard aufrechterhalten.

Aber mit der Produktivitätssteigerung der letzten 20 Jahren wurden hauptsächlich die steigenden Kapitalerträge finanziert. Die Frage ist also vielmehr, ob man sich weiter steigende Kapitalerträge leisten will und kann. Bei der schiefen Vermögensverteilung, sind diese



Weitere überraschende Fakten zur Rententhematik finden Sie in der evolution Nr.14 (bestellen per mail Info@inwo.ch oder Tel. 062 822 84 86)

für eine Mehrheit der Bevölkerung vielmehr eine Mehrbelastung statt ein Beitrag zur Finanzierung der Altersvorsorge.

Die demographische Entwicklung ist kein Grund zur Beunruhigung, wenn die Produktivitätssteigerung vollumfänglich den Erwerbstätigen überwälzt wird bzw. zur Finanzierung der Altersrenten herangezogen wird. Vorschläge wie die Erhöhung des Rentenalters, der Mehrwertsteuer oder wie die Senkung des Umwandlungssatzes sollen vor diesen Zusammenhängen ablenken. Damit können die Kosten den Erwerbstätigen bzw. der Allgemeinheit begründeterweise überlassen werden, während sich die Kapitalerträge dank Produktivitätswachstum weiter steigern lassen. (Claude-Alain Perrotchet)

Spendenbarometer

Stand alt per 31.3.03 Fr. 4829.--

Spenden bis Fr. 50.--
10

Spenden Fr. 51.-- bis Fr. 100.--
H. H. Bern, J. M. Ipsach, J. P. Stein am Rhein.

Stand alt per 30.4.03 Fr. 5453.--

Spenden bis Fr. 50.--
3

Spenden Fr. 51.-- bis Fr. 100.--
L.W. Beringen, R.B. Lonay, M.P. Aarau

Spenden Fr. 101.-- bis Fr. 200.--
O.AG, Baar, C.S. Zufikon

Stand neu per 31.5.03 Fr. 6243.--

INWO Schweiz
PC – Konto : 30 – 1771 – 2 Bern

Auch im Bankengeschäft gilt : Es geht auch anders !

Die Gemeinschaftsbank wurde 1984 als erste Bank in der Schweiz gegründet, die explizit nicht gewinnorientiert arbeiten wollte, sondern die Förderung gemeinnütziger oder der Allgemeinheit dienender Projekte bezweckte. Diesem Wagnis vorausgegangen war eine lange intensive Vorbereitungszeit. Ein kleiner Kreis hatte sich über Jahre mit sozialen, volkswirtschaftlichen und Geldfragen auseinandergesetzt. Dabei haben wir uns immer auch mit dem Hintergrund der Anthroposophie, d.h. mit Büchern und Vorträgen Rudolf Steiners beschäftigt (z.B. mit seinem nationalökonomischen Kurs oder seinen Vorträgen über die soziale Frage). Wir hatten uns damals vorgenommen, Labor zu sein für einen neuen Umgang mit Geld. Anfangs der 80er Jahre gab es im sogenannten "nachhaltigen Geldanlegen" herzlich wenig: Einige Ethical-Investment-Fonds in den angelsächsischen Ländern, unsere Vorbild-Bank, die GLS Gemeinschafts-

bank in Bochum und die holländische Triodos Bank in Zeist. Das war in etwa die Palette für ökologisches, sozial-ethisches Geldanlegen in ganz Europa. In der Landwirtschaft gab es einige Bio-Bauern. Aber die Politik des Bauernverbandes war eher auf Industrialisierung der Landwirtschaft gerichtet. Bei der Gründung wurden wir eher belächelt.

Wir haben mit zwei Mitarbeitern 1984 in Dornach (SO) begonnen. Die ersten Tätigkeits-Jahre waren ganz davon geprägt, das Vertrauen von Kunden und Partnern zu gewinnen. Wir mussten beweisen, dass wir das Bankmetier beherrschten und deshalb Gelder bei uns so sicher sind wie bei anderen guten Banken. Die äussere Entwicklung verlief unspektakulär. Wir haben uns in diesen fast 19 Jahren kontinuierlich weiterentwickelt, sind von einem zwei Personen-Betrieb zu einer kleinen Bank mit heute zwölf Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geworden.

Die Gemeinschaftsbank tätigt das klassische Zinsdifferenzengeschäft. Aus diesem Geschäft bezieht sie auch ihre Haupteinnahmen. Daneben vermittelt sie Direktdarlehen in Form von Treuhanddarlehen (rund Fr. 45

Mio.). Die Treuhandkommissionen bilden deshalb auch den grössten Teil der Kommissionseinnahmen. Weitere Dienstleistungen wie das Erstellen von Steuererklärungen oder die Finanzberatung finden im eher kleinen Rahmen statt.

Unsere Bilanzsumme betrug Ende 2002 152.5 Mio. Je 20% unserer Kredite (total ausbezahlte Kredite Ende 2002 Fr. 109 Mio.) gehen in die biologisch überprüfte Landwirtschaft, in heilpädagogische oder sozialtherapeutische Projekte und in freie Schulen. Der Rest verteilt sich auf ökologische Projekte, Altersheime, Kunstprojekte oder gemeinschaftliche Wohnformen. Das ausgewiesene Eigenkapital inkl. Reserven beträgt rund Fr. 10 Mio., dazu kommen noch rund Fr. 2.8 Mio. stille Reserven. Rund 1900 Genossenschafterinnen und Genossenschafter tragen die Gemeinschaftsbank, wobei keine Dividenden ausgeschüttet werden. Knapp 4500 Menschen sind Kundinnen und Kunden unserer Bank und ermöglichen durch ihre Einlagen das Kreditgeschäft. Rund 60% davon sind Frauen.

Wir haben das Bankgeheimnis auf der Kreditseite aufgehoben, d.h. in unserem Jahresbericht werden unsere Kreditnehmerinnen und Kreditnehmer aufgeführt. Im Rahmen eines Höchstzinssatzes entscheidet auch jede/r Kunde/in selber, welchen Zins er oder sie für ihre Einlage haben möchte. Rund Fr. 15 Mio. werden uns zinslos zur Verfügung gestellt. Wir haben dadurch die Möglichkeit, auch kleine Kredite zu einem vernünftigen Zinssatz zu gewähren. Eine Spezialität sind unsere Bürgschaftskredite. Dabei wird ein Kredit durch eine Vielzahl von Kleinsolidarbürgschaften von je Fr. 2'000.-- abgesichert. Gerade Menschen, die sich selbständig machen möchten und keine materiellen Sicherheiten anbieten können, erhalten damit eine Absicherungsmöglichkeit durch Freunde aus dem Umkreis. Auch diese Art von Kredit wäre wegen der entstehenden Kosten nicht möglich, wenn nicht auf der einen Seite unsere Geldgeber teilweise auf einen Ertrag verzichten und auf der anderen Seite unsere Genossenschafterinnen und Genossenschafter auf ihre Dividende verzichten. Davon profitieren viele gemeinnützige Initiativen.

Seit 1999 sind wir in der Stadt Basel im zweiten Stock des Gebäudes an der Gerbergasse 30 im Unternehmen Mitte eingemietet. Wir fühlen uns wohl mitten in der Stadt und sind auch zuversichtlich auf das, was in den nächsten Monaten und Jahren auf die Schweizer Banken zukommt. Wir gehen unseren Weg eines menschlichen Umganges mit Geld überzeugt weiter und hoffen noch viele Menschen zum Nachdenken über das Geld anzuregen und als Kunden zu gewinnen.



Notizen aus dem Alltag

30 Personen besuchten die diesjährige **Generalversammlung** in St.Gallen. In der Höhle des Löwen – am Standort der europäisch führenden Hochschule und Universität für Oekonomie - tagten wir ! Durch die geographische Nähe des Tagungsortes vom Wohnort, konnte Anny Harringer, die Tochter unseres Pioniers, Fritz Schwarz, mit Ihrem Sohn zusammen die Tagung bereichern! Die nach wie vor sehr angespannte Finanzlage des Vereins und die demgegenüber von Tatendrang be-seelten aktiven jungen Vorstandsmitglieder, die die Frei-wirtschafts-Ideen unter die Menschen bringen möchten koste es (fast) was es wolle, sorgten für Diskussions-stoff. Die **Bodenkampagne** wurde von unserem neuen Vorstandsmitglied, Pierre Güntert, vorgestellt. Der Nachmittag stand ganz im Zeichen der volkswirtschaft-lichen, oekonomischen Lehre wobei uns Prof. Heinz Hauser anfänglich in die Lehrgänge die in St.Gallen an-geboten werden und in die VWL-Grundlagenforschung einführte. Die Fragerunde wurde intensiv genutzt und die eklatanten Differenzen zwischen der wissenschaft-lichen und der realen Befindlichkeit unserer Weltgesell-schaft traten schonungslos zutage. Freiwirtschaftliche Reformvorschläge gehören in die Ecke der Exoten (Spinner) und haben, ähnlich wie die Ideen des Ethik-instituts, keinen praxisrelevanten Bezug. Auf das Ansin-nen Gesprächsrunden zu initiieren meinte der Vortra-gende "Die Studenten suchen gezielt aus mit was sie sich befassen wollen und die Relation Zeit/persönlicher Nutzen muss klar ersichtlich und positiv für die Karrie-re sein." Heinz Hauser hat mit Freifach-Angeboten jenseits des "main streams" sehr negative Erfahrungen ge-macht. Die von einzelnen Votaten vorgebrachten kriti-sche Anmerkungen zur Lage der Nation zeigten auf, dass die momentane Stagnation der schweizerischen Volkswirtschaft zum Teil auf eine sogenannte "Liquiditätsfalle" zurückgeführt wird. Im Einzelgespräch akzep-tierte er die Idee in einer Deflationskrise (Japan) mit einer Liquiditätsabgabe Verbesserungen zu erreichen. Mit dem Wunsch, die umfassende Begründung für die Um-laufsicherung in dem Buch "Das Geldsyndrom", das wir Prof. Hauser schenkten, nachzuschlagen, wurde Frage-runde abgeschlossen. Herzlichen Dank!

Max Frisch hätte möglicherweise an dieser Versamm-lung erwähnt: **"Ziel ist eine Gesellschaft, die den Geist * nicht zum Aussenseiter macht, nicht zum Märtyrer und nicht zum Hofnarren"**

*Meinte er da vielleicht auch den Geist, die Ideen rund um die Geld- und Bodenreform, also Erkenntnisse zu monetären Ungerechtigkeitsmechanismen?

Interessantes

Helmut Seethaler (www.hoffnung.at) aus Wien erfindet immer neue Zettel und animiert zum Mitmachen. Ein Münsterchen :

*immer mehr wollen
immer mehr
weil
immer mehr
immer mehr wollen*

*immer mehr haben
immer weniger
weil
immer weniger
immer mehr haben*

2-3 maliges Lesen lohnt sich

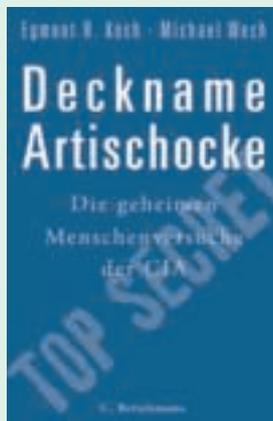
Möchten Sie Ihren **Lebenswandel auf die Klimaver-träglichkeit** (= CO₂ Bilanz) prüfen ? Unter www.ecospeed.ch>Tools>ECO2Privat finden Sie einen Fragebogen und bei Ihrer Auswertung Vergleichszahlen (für die Schweiz und für die Welt)

Anonymes zum Frieden !

Wenn der Stein sich sagte: "Ein einzelner Stein kann keine Mauer aufrichten", gäbe es keine Häuser.
Wenn ein Wassertropfen sich sagte: "Ein einzelner Was-sertropfen kann keinen Fluss bilden" , gäbe es keinen Ozean.

Wenn das Weizenkorn sich sagte: "Ein einzelnes Korn kann keinen Acker besamen" , gäbe es keine Ernte.
Wenn der Mensch sich sagte: "Eine einzelne Liebesgeste rettet die Menschheit nicht" , gäbe es weder Freund-schaft noch Friede in dieser Menschenwelt.

Wie das Haus jeden Stein benötigt und der Ozean jeden Wassertropfen und die Ernte jedes Weizenkorn, so be-nötigt der FRIEDE DICH, Deine Einmaligkeit und Uner-setzlichkeit.



Egmont R. Koch, Michael Wech: Deckname Artischocke: Die geheimen Menschenversuche der CIA, München 2002, ISBN 3-570-00662-X

Das Buch handelt vom Tod des ehemaligen CIA-Mitarbeiters Frank Olson, der laut offizieller Version sich auf Grund von Depressionen am 28.11.1953 aus dem 13. Stock eines Hotelfensters des New Yorker Hotels Pennsylvania in gestürzt haben soll. Sein Sohn Erik Olson gab sich nicht mit dieser Erklärung zufrieden. Er sowie die beiden Journalisten enthüllen: Olson wurde mit ziemlicher Sicherheit vom CIA ermordet, da er Skrupel bezüglich der menschenverachtenden Praktiken des Dienstes bekommen hatte. Kurz nach dem Krieg nahm der amerikanische Geheimdienst alte "Naziforscher" unter Vertrag, die in den KZs Drogenversuche an den Insassen vorgenommen bzw. B-Waffenforschung betrieben hatten. Im Verlaufe des Koreakrieges setzte die amerikanische Regierung mit ziemlicher Sicherheit B-Waffen ein und versuchte in dieser Zeit auch auf deutschen Boden zurückkehrende abgeschossene amerikanische Flieger und vermutete Doppelagenten mit Hilfe von Drogenexperimenten zum Reden zu bringen. Ent-

wickelt wurden die Giftcocktails und B-Waffen u.a. in Camp Detrick. Der amerikanische Geheimdienst scheute offenbar auch nicht vor Freilandversuchen von B-Stoffen im Pentagonbereich und im Stadtgebiet von San Francisco zurück. Der amerikanische Geheimdienst ging bei seinen "Forschung" im Namen der nationalen Sicherheit offenbar fast ebenso skrupelos vor, wie es Jahre zuvor nationalsozialistischer "Forscher" vorgemacht hatten. Ein Vielzahl von Experimenten wurde an Insassen des Staatsgefängnisses Vacaville, an Drogenkranken in Frankfort/Kentucky sowie an Spezialkliniken für Krebskranke vorgenommen. Möglich scheint auch eine Kontamination von Hilfspaketen in die ehemalige DDR mit Hilfe von "Hasenpestkeimen" im Jahr 1953.

Nachdem die erste "offizielle Version" des Todes von Olson nicht zu halten war, setzen sich u.a. Donald Rumsfeld und Richard Cheney, die 1975 den Stab von Gerald Ford leiteten dafür ein, die Familie Olson durch einen Empfang beim Präsidenten zu besänftigen, um gleichzeitig die Wahrheit um den Tod von Olson zu verschleiern.

Nach wie vor werden die wirklichen Umstände des Todes von

Frank Olson von der amerikanischen Administration zu verschleiern versucht. Der ehemalige CIA-Direktor William Colby, der für eine Teilaufklärung der schmutzigen Tätigkeiten der Organisation in Folge der Watergate-Affäre verantwortlich zeitigte, starb auf mysteriöse Weise 1996 auf einer Kanufahrt.

Das Buch von Koch und Wech hat hochbrisante aktuelle Beiträge.

Die Milzbrand-Pilotanlage von Fort Detrick wurde von der Nachfolgeorganisation dem US Army Medical Research Institutes for Infectious Diseases (USAMRIID) übernommen. Der amerikanische Geheimdienst und das FBI schaffen es offensichtlich bis heute nicht, die Personen zu identifizieren, die im Herbst 2001 durch Milzbrandbriefe fünf unschuldige Menschen getötet haben. Mittlerweile hat sich eindeutig herausgestellt, daß der Gencode der verschickten Anthrax-Sporen darauf hinweist, dass sie nur aus einem Labor der US-Armee (USAMRIID) stammen können.

Ende November 2001 ist Don C. Wiley, ein in Zusammenhang mit den Milzbrandanschlägen genannter Molekularbiologe und Experte für tödliche Viren, plötzlich tot im Mississippi aufgefunden worden. Er solle, so eine in den Medien aufgetauchte Spekulation, die Briefe verschickt haben, um mehr Geld für die Viren-Forschung zu erhalten. Die Familie schließt jedoch, die von der Polizei vertretene These eines Selbstmordes aus. Handelt es sich bei Wiley um ein erneutes Opfer eines Geheimdienstes?

Anfang Dezember 2001 scheiterte nach sechs Jahren Verhandlungen am Widerstand der USA eine Übereinkunft, die eine Überprüfung der Biowaffenkonvention

ermöglichen sollte. Die USA wollen sich weitere Forschungen erlauben und Kontrollen in den eigenen Labors verhindern. Bis 2003 wollte Präsident Bush 11 Milliarden Dollar in die Biowaffenforschung stecken lassen. Für das Haushaltsjahr 2002 sollte die Summe der Gelder um das Vierfache steigen.

Die grausamen Menschenversuche im Rahmen des "Artischocke"-Einsatzes scheinen unter anderem Namen und in anderer Qualität an den Gefangenen Al-Qaida und Taliban-Kämpfern auf Guantanamo Bay weiter zu gehen, ohne dass die Verantwortlichen zu Verantwortung gezogen worden sind oder werden.

Deckname "Artischocke" räumt mit der gängigen Einteilung von "hier die Guten" und "dort die Bösen" auf. Das Buch lenkt zu Recht die Aufmerksamkeit auf einen geheimgehaltenen Bereich eines westlichen Dienstes auf, der ohne Kontrolle zunehmend unsere Demokratie gefährdet.

Hans-Joachim Werner



Helen Caldicott: Atomgefahr USA. Die nukleare Aufrüstung der Supermacht. Aus dem amerikanischen von Andrea Panster. Diederichs Verlag, München 2003, 400 Seiten, 23 €

"Sie werden von einem Überdruck von 30 Kilogramm pro Quadratzentimeter zu Tode gequetscht und verglühen bei Temperaturen von 2500 bis 3000 Grad Celsius. Darauf folgt eine Unterdruckwelle, es entsteht ein Vakuum-Effekt. Die Menschen in der zweiten Zerstörungszone erleiden starke Verbrennungen und schwere innere Verletzungen, bevor der Tod eintritt. Jenen in der dritten Zone werden die Augen aus den Höhlen gepresst, ihre Lungen und Trommelfelle platzen, die Menschen erleiden Gehirnerschütterungen."

Wer solche Schilderungen liest, denkt sofort an Atombomben, auch ohne Begriffe wie nuklear und Verstrahlung. Hierbei handelt es sich jedoch um die Schilderung von konventionellen Waffen, den sogenannten "Daisy Cutters", mit Benzin gefüllte Bomben. Während der Berichterstattung zum Irak Krieg hat man diesen Begriff schon mal gehört. Wer solche Schilderungen liest, fragt sich nach der Notwendigkeit von Atomwaffen, wenn die reine Sprengkraft auch anders erreicht werden kann. Ein Grund mehr dieses Buch geschrieben zu haben?

Die Autorin Helen Caldicott ist Ärztin, Atomwaffenspezialistin und Mutter von drei Kindern. Zur Atomwaffenspezialistin wurde sie durch ihre zahlreichen Aktivitäten auf diesem Gebiet. Ihr geht es um die Zukunft der Menschheit, das macht sie in ihrem Buch klar.

Wer etwas über die Wirtschaft hinter den Atomwaffen erfahren will, findet es in diesem Buch. Denn das ist die Quelle des Übels – die pervertierte Wirtschaft. Und so kann man das Buch auch als Symptombeschreibung eines krankhaften ökonomischen Systems lesen. Die Atomwaffen sind keine Ursache der menschlichen Probleme, sondern eins von vielen Symptomen. Und so fehlt es dem Buch auch nicht an Schilderungen der wirtschaftlichen Verflechtungen. Im Anhang findet sich eine Liste der wichtigen US-Atomwaffenhersteller und ihrer finanziellen Unterstützung von Politikern. Die Wahlspenden fließen sowohl an Republikaner als auch an Demokraten und im Buch wird eindringlich dargestellt: den beteiligten Firmen ist die Regierung egal, von Interesse sind lediglich die von der jeweiligen Regierung platzierten Aufträge.

Weitere Schwerpunkte des Buchs sind die Zukunft der Vormachtstellung der USA durch Nutzung des Weltraums für die Waffenindustrie und die offensichtliche Weigerung, das Geld, das derzeit für Waffen ausgegeben wird,

sinnvoll in die Zukunft zu investieren. Neben allen geostrategischen Analysen tritt immer die Wirtschaft in den Vordergrund. "Zur Zeit gibt Amerika 22-mal so viel für sein Militär aus wie alle so genannten Schurkenstaaten [...] zusammen, obwohl sich jede eventuell von diesen Ländern ausgehende Gefahr bereits mit einem Bruchteil dieser Summe bannen ließe." Woanders heißt es: "Es ist typisch für die Amerikaner, dass sie bei regionalen Konflikten beide Seiten mit Waffen versorgen – eine Praxis, die ausgesprochen gut fürs Geschäft ist. [...] Es ist eine Ironie des Schicksals, wenn ein Land wie der Irak, das zuvor Waffen aus Amerika erhielt, zum "Feind" wird und amerikanische Soldaten mit amerikanischen Waffen getötet werden." Schlimmer noch ist der Zynismus dem eigenen Volk gegenüber: Die Erkrankungen von Menschen in der Nähe von zivilen wie militärischen Atomanlagen und die von heimgekehrten Soldaten ("Golfkriegssyndrom") werden heruntergespielt und die erkannten Ursachen ignoriert. Von den Folgen für die Zivilbevölkerung der bekämpften Staaten ganz zuschweigen. Für die meisten von uns sind Begriffe wie nuklearer Winter und Verstrahlung bekannt – der kalte Krieg lässt grüßen. Aber die Fronten haben sich verschoben und der Einsatz uranhaltiger Waffen und die verschwimmenden Grenzen zwischen konventionellen und nuklearen Waffen ("Mini-Nukes") machen einen tatsächlichen Einsatz wahrscheinlich. Das ist der Knackpunkt des Buches.

In den USA gibt es zahlreiche Menschen, die um die Missstände wissen. Die Macht aber, über

die Mechanismen zu verfügen, diese Missstände zu ändern, liegt bei den Inhabern großer Geldvermögen, eine weitere Kernthese des Buchs.

Zu befürchten ist, dass dieses Buch nur von denen gelesen wird, denen die Schiefelage der Weltwirtschaft und deren Auswirkungen ohnehin klar ist. Und: gewisse Fehler dürfen nicht passieren. Wenn von Raketen, die mit mehrfacher Lichtgeschwindigkeit fliegen, gesprochen wird, dann macht dies den fachlichen Hintergrund eines Buches angreifbar. Es bleibt zu hoffen, dass es sich um einen Übersetzungsfehler handelt.

Der ausführliche Anhang (25% des Buches) mit Liste der US-Atomwaffenhersteller, Organisationen zu Frieden und Abrüstung, Quellennachweis, Register und Glossar runden das Buch ab und machen es zu einem Nachschlagewerk. Gleichzeitig liest es sich passagenweise wie ein Wirtschaftsthiller, aber die Unmenge an Fakten macht es unvermeidlich, dass auch recht trockene Abschnitte beim Lesen zu bewältigen sind.

Wolfgang Ramming

Unsere Leserinnen und

Die Unmöglichkeit exponentiellen Wachstums auf längere Sicht

Sehr geehrte Damen und Herren, bin vor kurzem über das Internet-Portal www.Geldreform.de auf Sie aufmerksam geworden und bin an mehr Informationen interessiert.

36 Wie krank unsere Gesellschaft ist, das erkennen durchaus sehr viele Menschen. Die meisten glauben aber, es gäbe zwischen dem vergangenen "sozialistischen" System und dem derzeitigen keine mögliche Alternative.

Obwohl ich mich für viele Dinge in Sachen Umweltschutz, Entwicklungsbilf usw. engagiere und als Ingenieur für alternative Energietechniken qualifiziert bin, habe ich oft das Gefühl, dass sehr viele Anstrengungen ins Leere laufen. Alles ist ein zäher Kampf und es geht nicht so recht voran. Viele Probleme verstärken sich immer mehr.

Inzwischen vermute ich, daß Sie Recht haben, und wir zuerst mal eine Reform des Geldwesens brauchen. Das wird nicht alle Probleme lösen, aber es könnte die Rahmenbedingungen so verändern, dass endlich all die Anstrengungen vieler Ökobauern, Ökostromerzeuger, Handwerker und Dienstleister auf fruchtbaren Boden fallen. Ich denke, um die Arbeitslosigkeit zu besiegen, brauchen wir wieder viel mehr solcher einfacher Tätigkeiten. Man muß aber dafür sorgen, dass sich mehr davon auch rechnet. Nicht um reich zu werden, aber um davon leben zu können!

Mit der Unmöglichkeit exponentiellen Wachstums auf längere Sicht habe ich mich schon vor längerer Zeit beschäftigt. Die Geschichte mit dem Reiskorn hat mich schon als Schüler mathematisch fasziniert (Schachbrett ...) und auch die Grenzen des Wachstums aus ökologischer Sicht erschienen mir schon lange selbver-

ständig (Club of Rome, ...) Mir war jedoch nicht klar, warum wir nicht auch mit einem Nullwachstum halbwegs friedlich miteinander leben und dabei einen annehmbaren Wohlstand behalten können. Mein Hausrat und mein Konto halten sich doch auch seit etlichen Jahren relativ konstant und es geht mir materiell nicht schlecht. Und mein Körper wächst ja auch nicht.

Den Zusammenhang mit dem Zins habe ich bisher aber nie so richtig wahrgenommen. Ich hab zwar so gut wie keine Ahnung von Wirtschaftslehre, aber die ersten Gedanken von Helmut Creutz, Margrit Kennedy, welche ich zu lesen bekam, erschienen mir einleuchtender als das meiste verlogene Zeug, was die angeblichen Experten seit mehr als 30 Jahren herbeten, aber nie eintrifft.

Um mich nun näher mit der Sache zu beschäftigen, bestelle ich bei Ihnen ein paar Schriften und würde mich auch über weitere Infos (Flugblätter, Tips für's praktische Handeln) freuen.

Kennen Sie eigentlich die folgende Anekdote zum Thema "exponentielles Wachstum"?

Hoimar von Ditfurth beschrieb in seinem Buch "So laßt uns denn ein Apfelbäumchen pflanzen – Es ist soweit" (1985) ebenfalls die Unmöglichkeit, sich exponentielles Wachstum auch nur vorzustellen.

Siehe: 1. Teil, 2. Kapitel (Der Zusammenbruch der Biosphäre) Abschnitt. "Die Wurzel allen Übels" (z.B. Knaur TB 1988, Seite 151ff.)

Zuerst beginnt er mit dem Teilen von Cholera-Bakterien, später kommt auch das Falten eines Blattes Papier. Zwischendurch kommt ein Beispiel mit einer Seerose. Wenn sich eine Seerose 99 mal geteilt hat und der halbe See bedeckt ist, wie lange dauert es dann, bis der ganze See bedeckt ist. 1 Tag! ? (Seite 154) In einem späteren Buch (ich glaube "Innenansichten eines Artgenossen") hat

Ditfurth die Sache nochmal aufgegriffen und korrigiert. Ein Leser hatte mal nachgerechnet und ihn darauf hingewiesen, wenn sich eine Seerose 99 mal geteilt hat, hat sie mehr Masse als die Erde und die Fläche würde wohl ausreichen, das ganze Sonnensystem damit zu tapezieren, oder auch etwas mehr.

Wenn ein kluger Mann die Schwierigkeiten mit der Vorstellung von exponentiellem Wachstum erläutern will und dabei trotzdem noch derart auf die Nase fällt, dann zeigt das sehr anschaulich, wie groß die Schwierigkeiten tatsächlich sind, oder?

Mit freundlichen Grüßen Ulf B. aus M.



ZUR DISKUSSION: Die Bodenfrage

Es gibt verschiedene Gründe, die Bodenfrage außerhalb der Diskussion zu stellen, einmal die negativen Erfahrungen mit den Bodenreformen in der früheren DDR, bedeuteten diese doch Enteignung, Bevormundung und Vertreibung der früheren Eigentümer, zum anderen aber liegt es nicht im Interesse der Bodeneigentümer, über ihr Privileg gegenüber den Niebteigentümern nachzudenken. Mancher der sein Vaterland verteidigte, besaß nur einen Topf Blumenerde auf seinem Balkon. Unsere Welt, in der Länder über wertvolle Bodenschätze verfügen, die sie als ihr alleiniges Eigentum betrachten, andere Länder sich im Nach-

Leser melden sich zu Wort

teil befinden, bleibt eine Welt von sozialen und politischen Spannungen. Gleiches gilt für die Menschen in der Bundesrepublik, hier haben wir Menschen, die über Bodeneigentum verfügen und es gibt eine große Mehrheit von Menschen, die in der Abhängigkeit von diesen Eigentümern leben.

Das Problem, dass alle Menschen einen Anspruch auf unsere Erde besitzen, Boden nicht vermehrbar und produzierbar ist, auch nicht zu vermindern, lässt sich nicht damit aus der Welt schaffen, dass der Staat Steuern auf Bodenspekulationen erhebt, die Gemeinden die Grundsteuer nach Belieben erheben, denn damit bleibt die staatliche Abhängigkeit erhalten und Steuern werden für Zwecke verwendet, die häufig nicht im Interesse der beraubten Steuerzahler liegen. Bodengleichheit ist aber eine Voraussetzung für eine soziale und friedliche Gesellschaft. Es gibt hierzu Vorschläge und Anregungen, die sicher der weiteren Diskussion bedürfen, aber sie bieten die Basis für eine tiefgreifende Lösung der Bodenfrage.

Grundgedanke ist, dass für die Nutzung von Grund und Boden eine Nutzungsrente gezahlt wird und dass an dieser Bodenrente alle Menschen beteiligt sind, also eine pro Kopf Verteilung erfolgt. Über die Höhe dieser Bodenrente bestehen verschiedene Meinungen, einmal die Regelung nach Angebot und Nachfrage, oder den Erwerb einer Nutzung durch Höchstangebote bei der Verpachtung. Auch gibt es Vorstellungen, dass die bisherigen Eigentümer bei einem Verzicht auf Eigentum eine Entschädigung erhalten, eine längerfristige Zahlung von bis zu 30 Jahren.

Bodenrente darf hier, wie schon erwähnt, nicht mit einer Steuer verwechselt werden, denn die Bodenrente fließt an alle Bürger und bedeutet damit für diese ein Grundeinkommen, worum sie nicht zu betteln brauchen.

Betroffen von dieser Regelung ist der

Boden, nicht das Einfamilienhaus, die Produktionsmittel oder die Gebäude, denn dieses Eigentum könnte weiter veräußert werden, aber immer nur auf dem Wege der Pachtung — der Boden wäre jeder Spekulation entzogen.

Eine Lösung der Bodenfrage wird immer drängender. Im Bereich von München und anderen Großstädten wird das Bauen immer teurer, für Menschen mit einem durchschnittlichen Einkommen unbezahlbar. Wird teurer Boden von den Konzernen erworben, erfolgt eine Umschlagung auf die Preise und wenn Kommunen Boden verkaufen, wie es in Hamburg geschieht, haben sie einen kurzfristigen finanziellen Nutzen, längerfristig leisten sie einen Beitrag zu verschärften sozialen Spannungen.

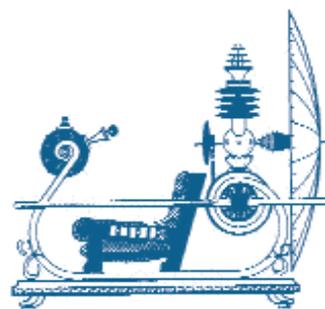
Um die Bodenfrage bewusst zu machen, sollten die Gemeinden aufgefordert werden, öffentlichen Boden zu verpachten, etwa an Baugenossenschaften oder Einzelinteressenten, um so die Baukosten erheblich zu senken. Beim Bau von Eigenheimen werden die Kosten wesentlich von den Grundstückspreisen bestimmt. Mit einer Regelung, die vorsieht, alle Menschen an der Bodenrente zu beteiligen, wird im Ergebnis das gleiche Recht aller Menschen im Verhältnis zur Erde und ihren Gütern gewährleistet.

Uwe Timm, Neu Wulmstorf

In die Zeitmaschine steigen und Milliardär werden

Der beigegefügte Artikel der "Euro am Sonntag" (Ausgabe Nr. 17/2003) ist mir aufgefallen und könnte möglicherweise eine Erwähnung in der r-evolution wert sein, da hier eine extreme Auswirkung der Zinswirtschaft deutlich wird. Natürlich ist davon auszugehen, daß bei der Idee der "Story" etwas Humor mit im Spiel ist. Dennoch kann vielleicht ein aufklärerischer Kommentar eines Experten

dem Leser klar machen, daß die Folgen der Zinswirtschaft ganz und gar nicht humorvoll sein können:



Altes Modell einer utopischen Zeitmaschine aus dem Buch "Zeitschiffe" von Stephen Baxter, Heyne Verlag, ISBN 3-453-08555-9.

"Anleger ab ins Jahr 2503 New York Keine Fiktion, sondern Wirklichkeit. In den USA bietet die Firma Time Travel einen Fonds für Zeitreisende an. Kosten: zehn Dollar. Davon geben neun Dollar für Verwaltungskosten drauf, ein Dollar wird angelegt. Die Idee: In absehbarer Zukunft werde es eine Zeitmaschine geben, mit der Anleger in die Zukunft reisen können. So wie Rod Taylor im Film "Die Zeitmaschine" von 1960. Wer im Jahr 2503 aus der Maschine aussteige, bekomme 39 Milliarden Dollar, vorausgesetzt das Anfangskapital wird zu fünf Prozent verzinst."

Andreas Groll, Melle/Gesbold

Anmerkung der Redaktion: Wir glauben, dem nichts hinzufügen zu müssen, da aufmerksame LeserInnen Aufklärung über den Zins und seine Folgen in jeder Ausgabe der r-evolution finden können.

LAND	DATUM/ ZEIT	ART DER VERANSTALTUNG	TITEL / THEMA	ORT	DETAILS BEI NR.
D	08.07. / 17h	Vortrag & Diskussion	Humanwirtschaft	Essen	1)
D	12./13.07.	Seminar	Wenn die Rohstoffe knapp werden...	Bad Boll	2)
D	18. – 20.07.	Sommerfest	20 Jahre INWO	Wuppertal	3)
D	25. – 27.07.	Sommerfest	Joytopia	Wuppertal	3)
D	12.08. / 17h	Vortrag & Diskussion	Humanwirtschaft	Essen	1)
D	05. – 07.09.	Seminar / Tagung	Sabbatökonomie – Christen für gerechte Wirtschaftsordnung (CGW)	Neudietendorf (bei Erfurt)	4)
D	09.09. / 17h	Vortrag & Diskussion	Humanwirtschaft	Essen	1)
D	11./12.10.	Seminar	Menschenrechte und Globalisierung	Bad Boll	5)
D	14.10. / 17h	Vortrag & Diskussion	Humanwirtschaft	Essen	1)
D	23. – 26.10.	Kongress	Neues Mittelmeer 2003	Reit im Wind Ruhpolding	6)
D	11.11. / 17h	Vortrag & Diskussion	Humanwirtschaft	Essen	1)
D	15./16.11.	Seminar	Reform der Altersvorsorge – keine Renten	Bad Boll	5)
D	08.12. / 17h	Vortrag & Diskussion	Humanwirtschaft	Essen	1)
D	17./18.10.	Vortrag & Seminar	Regionalgeld	Bremen	7)
CH	29.07. / 18.30h	Treffen	TALENT-Treff	Basel	9)
CH	02.08. / 19–22h	Treffen	TALENT-Treff	Zürich	10)
CH	21.08. – 19h	Treffen	INWO-Treff	Zürich	8)
CH	22.08.	Treffen	Sozialforum Schweiz Letztes Vorbereitungs-Treffen	Bern	11)
CH	26.08. / 18.30h	Treffen	TALENT-Treff	Basel	9)
CH	27.08. / 19.30h	Treffen	TALENT	Bläsienna	12)
CH	02.09. / 19–22h	Treffen	TALENT-Treff	Zürich	10)
CH	18.09. – 19h	Treffen	INWO-Treff	Zürich	8)
CH	20./21.09.	Forum	Sozialforum Schweiz	Fribourg	11)
CH	30.09. / 18.30h	Treffen	TALENT-Treff	Basel	9)
CH	02.10. / 19–22h	Treffen	TALENT-Treff	Zürich	10)
CH	18.10. – 19h	Treffen	INWO-Treff	Zürich	8)
CH	28.10. / 18.30h	Treffen	TALENT-Treff	Basel	9)

- 1)** Jeden 2. Dienstag im Monat
Katharinenstrasse 14, Essen
Wilhelm Schmülling – Tel. (02054) 81642
- 2)** Seminar für freiheitliche Ordnung, Badstraße 35,
73087 Bad Boll
Tel. (07164) 3573, Fax (07164) 7034
E-Mail: info@sffo.de
Internet: www.sffo.de
Themen und Referenten:
Die Knappheit der Rohstoffe als ökologisches
und als ökonomisches Problem (Prof. Dr. Dirk
Löhr),
Recycling – ein Weg zur Überwindung der Roh-
stoffknappheit?, Reform der Bodenordnung –
Folgerungen für eine globale Rohstoffordnung,
Rohstoffe und internationale Friedensordnung
(Eckhard Behrens)
Tagungsleitung: Fritz Andres
Teilnahmegebühr: 25 Euro (freiwillig)
- 3)** Kontakt und Genauerer : Silvio-Gesell-Tagungs-
stätte, Schanzenweg 86, 42111 Wuppertal,
Tel. 02053-5864, E-Mail: SGT@artmann.de
- 4)** Tagung der Christen für gerechte Wirtschaftsord-
nung (CGW)
Evangelische Akademie Thüringen, Zinzendorf-
haus, 99192 Neudietendorf (bei Erfurt)
Tel. (036202) 984-0
E-Mail: evakthue@t-online.de
Internet: www.cgw.de
Themen und Referenten:
Eine Ökonomie, die dem Leben dient – die Alter-
native der Sabbatökonomie (Dr. Franz Segbers),
Geld oder Leben (Dietrich Koller),
Elemente einer gerechten Wirtschaftsordnung
(Prof. Dr. Roland Geitmann),
Neutrales Geld (Dr. Norbert Olah)
Christina Erdmenger präsentiert den Video-Film
«Geldlos glücklich. Die Abenteuer der Heidemar-
ie Schwermer».
- 5)** Seminar für freiheitliche Ordnung, Badstraße 35,
73087 Bad Boll
Tel. (07164) 3573, Fax (07164) 7034
E-Mail: info@sffo.de
Internet: www.sffo.de
Themen und Referenten:
Reform ohne Erneuerung des Generationenver-
trages,
Angebotspolitische Ansätze zur Überwindung
der Arbeitslosigkeit,
Nachfragepolitische Ansätze zur Wiedergewin-
nung der Vollbeschäftigung (Dr. Stephan Seiter),
Geldpolitische Ansätze zur Wiedergewinnung der
Vollbeschäftigung (Eckhard Behrens),
Was dürfen wir von der Dauervollbeschäftigung
erwarten? (Fritz Andres),
Geldpolitische Konzepte der Notenbanken im
Wandel und ihre Bedeutung für die Arbeitslosig-
keit
Tagungsleitung: Jobst von Heynitz
Teilnahmegebühr: 25 Euro (freiwillig)
- 6)** Vom Denken zum Reden, vom Reden zum Han-
deln
Beispiele, Vorbilder und Wege gelebter Eigenver-
antwortung, Subsidiarität und Solidarität in Ge-
meinden, Gemeinschaften, Unternehmen, Projek-
ten, Initiativen
Themenschwerpunkte:
23.10. Bewusstseinsentwicklung und ganzheitli-
che Gesundheitspflege (Ruhpolding)
24.10. Regionale Energiequellen (Reit)
25.10. Kommunal- und Regional-Politik, nachhal-
tige Kreislauf-Marktwirtschaft (Reit)
26.10. Zusammenfassung der Ergebnisse, ge-
meinsame Projekte (Reit, Ruhpolding)
Informationen und Anmeldung:
Complementum, Bernhard Wallner, Auhof 1,
84098 Hohenthann, Deutschland
Tel: 08784-9603-32, Fax : 08784-9603-33
Email: neuesmiteinander@t-online.de
Internet: www.neuesmiteinander.de (ab Mai
2003)
- 7)** Regionalgeld – Möglichkeiten zur Belebung der
regionalen Wirtschaft
Vortrag und Seminar mit Prof. Dr. Margrit Kenne-
dy:
Berichte über praktische Erfahrungen, rechtliche
Grundlagen, ein elektronisches Verrechnungs-
und Zahlungssystem, insbesondere am Beispiel
des ROLAND-Gutscheinsystems in Bremen
Beginn: Freitag, 17.10.2003, 20.00 Uhr
Ende: Samstag 18.10.2003, 18.00 Uhr
Konsul-Hackfeld-Haus, Birkenstrasse 34, 28195
Bremen
Info und Anmeldung:
Info@ROLAND-Regional.de
Tel. 0421-4915209
- 8)** Jeden dritten Donnerstag im Monat
Zentrum Karl der Grosse, Kirchgasse 14 (neben
Grossmünster),
3 min von Tramhaltestelle "Helmhaus" (4 oder
15)
- 9)** Jeden letzten Dienstag im Monat
Baizli, Bärenfelsenstrasse 36, 4057 Basel
18.30h Essen, 19.30h Sitzung, 20.30h Grundla-
gendiskussion
Ursula Dold – Tel. 061 331 89 32
Birgit Waser – Tel. 061 332 02 65
- 10)** An jedem 2. des Monat
Kraftwerk 1, Dachterrasse Hau B1, 4. Stock,
Hardturmstrasse 261, 8005 Zürich
Haltestelle Bernoullihäuser (Tram 4)
Hans Leuenberger – Tel. 01 261 08 78
- 11)** Hendrik Barth – Tel. 01 451 50 54,
E-Mail: hendrik.barth@gmx.ch
www.sozialforum.ch
und bald auch unter www.inwo.ch
- 12)** Talent-Treffpunkt Biel/Bienne, Obergässli 13,
2502 Biel/Bienne
Treff mit Essen

Impressum

r-evolution 2. Jahrgang, Nummer 17/2003

Redaktion

INWO Schweiz
Redaktion r-evolution
Marco Lustenberger
Dr. Hans-Peter Studer
Postfach
CH-5001 Aarau
E-Mail: contact@inwo.ch
auch für Abo-Bestellungen Schweiz

INWO Deutschland
Redaktion r-evolution
Wera Wendnagel (V.i.S.d.P)
Max-Bockstr. 55
D-60320 Frankfurt
E-mail: 069563168-0001@T-Online.de
Abo Deutschland: versand@inwo.de

INWO Österreich
Redaktion r-evolution
Gerhard Margreiter
Staudingergasse 11
1200 Wien
E-Mail: gerhard.margreiter@EUnet.at
Abo Österreich: frat-hifa-inwo@netway.at
Namentlich gekennzeichnete Beiträge
geben nicht unbedingt die Meinung der
Redaktion wieder.

Erscheinungsrhythmus:

Nr. 18 August / September

Einsendeschluss 24.07.03

Nr. 19 Oktober / November

Einsendeschluss 25.09.03

Für unverlangte Manuskripte etc. wird
keine Haftung übernommen.

Auflage

3.000 Exemplare

Erscheinungsweise

6 Ausgaben pro Jahr

Layout

Umbach Grafik & Mediendesign, Münster

Druck u. Versand

Druckhaus Klengenfuss GmbH, Münster

Herausgeberin

INWO International
Sektion Deutschland
INWO e.V.
Max-Bock-Str. 55
60320 Frankfurt/M.

ISSN 1660-1653

Bestellcoupon

Ich bestelle . . .

- ein r-evolution-Jahres-Abo (6 Hefte pro Kalenderjahr) ab der nächsten Ausgabe. Die Abo-Gebühr ist frei und kann mit Landeswährung (sFr) oder Alternativwährungen (Talent/Wir) beglichen werden. Die Gesteungskosten betragen bei der aktuellen Auflagenhöhe sFr 50.-, was als Richtwert für den "Durchschnittsabonnenten" gilt. Wir sind sehr dankbar für Aufrundungen, um auch Menschen mit geringem Budget das Lesen dieser Zeitschrift zu ermöglichen. Sie bezahlen was Ihnen die r-evolution wert ist!
- weiteres Informationsmaterial über Ziele und Arbeit der INWO, da mich der Verein interessiert.
- Ich möchte Mitglied der INWO Schweiz werden. Bitte schicken Sie mir ein Beitrittsformular. Die r-evolution erhalte ich dann im Rahmen meiner Vereinsmitgliedschaft.

Datum, Unterschrift

Diese Bestellung kann ich innerhalb von 10 Tagen nach Bestelldatum widerrufen. Falls ich r-evolution nach Ablauf des Bezugjahres nicht mehr lesen möchte, genügt eine schriftliche Benachrichtigung an die INWO Schweiz spätestens 3 Monate vor Ablauf meines Abonnements.

Bestellcoupon

Ich bestelle . . .

- ein r-evolution-Jahres-Abo (6 Hefte pro Kalenderjahr) ab der nächsten Ausgabe zum Preis von Euro 25.- frei Haus. Bei Abo-Bestellungen, die nicht zu Beginn des Jahres erfolgen, zahle ich ab dem Bestelldatum Euro 2,50 pro Ausgabe bis Ende des Kalenderjahres.
- weiteres Informationsmaterial über Ziele und Arbeit der INWO, da mich der Verein interessiert.
- Ich möchte Mitglied der INWO Österreich werden. Bitte schicken Sie mir ein Beitrittsformular.

Diese Bestellung kann ich innerhalb von 10 Tagen nach Bestelldatum widerrufen. Falls ich r-evolution nach Ablauf des Bezugjahres nicht mehr lesen möchte, genügt eine schriftliche Benachrichtigung an die INWO Österreich spätestens 3 Monate vor Ablauf meines Abonnements.

Bestellcoupon

Ich bestelle . . .

- ein r-evolution-Jahres-Abo (6 Hefte pro Kalenderjahr) ab der nächsten Ausgabe zum Preis von Euro 25.- frei Haus. Bei Abo-Bestellungen, die nicht zu Beginn des Jahres erfolgen, zahle ich ab dem Bestelldatum Euro 2,50 pro Ausgabe bis Ende des Kalenderjahres.
- weiteres Informationsmaterial über Ziele und Arbeit der INWO, da mich der Verein interessiert.
- Ich möchte Mitglied der INWO Deutschland werden. Bitte schicken Sie mir ein Beitrittsformular. Die r-evolution erhalte ich dann im Rahmen meiner Vereinsmitgliedschaft.

Datum, Unterschrift

Bitte unbedingt hier unterschreiben

Weil es für alle einfacher ist und Bankgebühren spart, erteile ich der INWO hiermit eine Einzugsermächtigung, die ich jederzeit widerrufen kann.

Bank

Kto.nr.

Datum, Unterschrift

Bitte unbedingt hier unterschreiben

BLZ

Diese Bestellung kann ich innerhalb von 10 Tagen nach Bestelldatum widerrufen. Falls ich r-evolution nach Ablauf des Bezugjahres nicht mehr lesen möchte, genügt eine schriftliche Benachrichtigung an die INWO Deutschland spätestens 3 Monate vor Ablauf meines Abonnements.

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Wohnort

Telefon

E-Mail

Bitte mit 70
Rappen
frankieren

r-evolution / Versand
INWO Schweiz
Postfach

5001 Aarau

WER LEUGNET
DASS ALLE
FREIHEIT
DEN REICHEN
GEHÖRT
IST REICH

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Wohnort

Telefon

E-Mail

Bitte mit
0,51 Euro
frankieren

r-evolution / Versand
INWO Österreich
Staudingergasse 11

1200 Wien

DIE BOMBENLEGER

Dem real existierenden privaten Haushalt der KLEINEN LEUTE bleibt immer weniger. Indessen vermehren Banken und Grosskonzerne immer wieder Rekordgewinne. In keiner einzigen Chef-Etage wird auch nur ein Gedanke dafür verwendet, diese ZEITBOMBE zu entschärfen. Im Gegenteil, dort wird sie hergestellt.

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Wohnort

Telefon

E-Mail

Bitte mit
0,51 Euro
frankieren

r-evolution / Versand
INWO Deutschland
Sambach 180

96178 Pommersfelden

ÖKONOMIE

WIE LANGE SCHLÄGT
DER MENSCH
DEN MENSCHEN
WENN ER DAFÜR
GELD BEKOMMT

?

Jean Marc Seiler, Zürich

Mit Geld kann man kaufen



Eine Kirche – aber nicht den Himmel
Ein Kruzifix – aber keinen Erlöser
Eine Bibel – aber keinen Glauben
Bücher – aber keinen Verstand
Ein Bett - aber keinen Schlaf
Essen – aber keinen Appetit
Ein Haus - aber kein Zuhause
Waffen – aber keinen Frieden
Medizin – aber keine Gesundheit
Luxus – aber keine Kultur
Frau oder Mann – aber keine Liebe
Design – aber keine Schönheit
Vergnügen – aber kein Glück

Ganz gleich, wer du bist und wo du lebst,
Ganz gleich, woher du kommst und wohin du gehst,
Die Natur hat es erschaffen – dieses Einfach-Sein!

*Quelle unbekannt, frei übersetzt und ergänzt
von Dipl.-Psych. Karl-Josef Sittig, Münster*